Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 46. Mittwoch, den 24. Februar 1897. 4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, 22. Februar.

182. Sitzung.

Präsident v. Buol eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: v. Marschall.

Auf der Tagesordnung steht die Berathung Etats des Auswärtigen Amtes.

Berichterstatter ist Abg. Prinz Arenberg (Z.)

Die Berathung beginnt mit dem Titel „Gehalt des Staatssekretärs.“

Dr Hasse (NL.): Die Zurückhaltung des Reichstages in Dingen der auswärtigen Politik ist eine sehr große, sie darf aber nicht so groß sein, um an den Ereignissen des Augenblicks vorüberzugehen. Ich hoffe, der Herr Staatssekretär wird uns über die Lage in Kreta ausführliche Mittheilungen machen. Deutschland hat ja gewiß keinen Anlaß, sich direkt in die Händel zwischen Griechen und Türken zu mischen, es hat nur soweit einzugreifen, als es das Interesse des europäischen Weltfriedens gebietet. Redner geht dann auf einzelne Punkte des Etats ein. Er wünscht eine weitergehende Unterstützung der Schulen im Auslande. Die Summe sei um 10 000 Mk. erhöht worden. Wenn er nicht von dem persönlichen Wohlwollen des Staatssekretärs überzeugt wäre, müßte er diese geringfügige Erhöhung als Hohn bezeichnen, denn nicht eine Erhöhung der 100 000 Mk. um 10 000 Mk., sondern eine Vervielfachung der Summe wäre am Platze gewesen. Weiter müßte den Deutschen in den Kolonien dort die Ableistung ihrer Dienstpflicht gestattet werden. Die Hauptsache aber sei, daß endlich ein Auswanderergesetz vorgelegt werde. Was die Handelspolitik anbelange, so wünsche er die Gründung eines mitteleuropäischen Zollvereins zur Wahrung der überseeischen Interessen. Die Betheiligung an der Pariser Weltausstellung befürworte er, trotzdem jetzt unfreundliche Stimmen aus Frankreich herüberdrängen. Er halte eine Vermehrung der deutschen Flotte für nothwendig, nicht aus Größenwahn und Chauvinismus, sondern im Interesse unseres Kulturstaates.

Staatssekretär von Marschall: Gestern Vormittag ist der Kreuzer „Kaiserin Augusta“ vor Kanea angekommen und hat sofort im Verein mit den anderen Großmächten eingegriffen und einen Insurgentenschooner niedergeworfen. So begreiflich nun der Wunsch des Reichstages ist, über die Einzelheiten unserer Maßnahmen unterrichtet zu sein, so muß ich doch darauf verzichten, heute eingehende Mittheilungen zu machen. Was ich sagen kann, ist das, die Linie der deutschen Politik ist klar vorgezeichnet: Entschlossenes Eintreten zur Erhaltung des Friedens. Deutschland hat im Orient kein Sonderinteresse zu vertreten, umsomehr kann es sich der Aufgabe widmen, nach Kräften den Frieden zu fördern. (Bravo!) Das Werk der Pazifizirung Kretas ist gestört worden durch das völkerrechtliche Vorgehen Griechenlands. (Sehr richtig!) Die Gemüther sind dort nicht beruhigt worden, es herrscht in Kreta Anarchie. Das Verhalten Griechenlands und seine Rückwirkung auf andere Mächte bedeutet eine schwere Gefährdung des Friedens. Die Beseitigung dieser Friedensgefahr ist die nächste Aufgabe. Es muß auf Kreta Ruhe geschaft werden und die Rechte der christlichen Bevölkerung können gewahrt werden, ohne die Integrität des ottomanischen Reiches anzutasten. Es schweben jetzt über diese Verhandlungen mit den übrigen Großmächten, über die ich im Augenblick nichts mittheilen kann. Der Herr Reichskanzler läßt aber durch mich erklären, daß er gern bereit sei, demnächst über alle Verhandlungen Auskunft zu geben. (Bravo!) Man appellirt in letzter Zeit oft und nicht ohne Erfolg an die christliche Humanität. Wir leisten der Humanität den besten Dienst, wenn wir einem Kriege vorbeugen, der namenloses Unglück über weite Länderstrecken bringen müßte. (Lebhaftes Bravo!)

Die Geheimräthe Hellwig und Reichhardt sagen den vom Abgeordneten Hasse vorgebrachten Wünschen möglichste Erfüllung zu.

Dr. Lieber (Z.): Wir nehmen dankbar davon Notiz, daß demnächst der Reichskanzler ausführliche Mittheilungen über die Haltung der Reichsregierungen in der kretensischen Frage machen wird. Andererseits können wir die Frage heute nicht mit Stillschweigen übergehen. Wir wollen der Ueberzeugung dahin Ausdruck geben, daß wir, wenn wir auch lebhaft wünschen, daß die Türken nicht länger die Christen bedrücken, doch in diesem Augenblicke die wahrste christliche Humanität darin erblicken, daß einem Kriege vorgebeugt wird. Griechenland hat in der Angelegenheit eine Anmaßung gezeigt, die ihm am allerwenigsten zusteht. Wir wünschen, daß dieser kleine Gernegroß in Kreta zu Paaren getrieben wird. Wir haben vollstes Vertrauen zur auswärtigen Politik unserer Regierung und sagen ihr für ihr schnelles Eingreifen unseren Dank. (Beifall im Zentrum.)

Richter (FVp.): Die Zurückhaltung des deutschen Reichstages in Sachen der auswärtigen Politik habe ich niemals gebilligt. Auch jetzt ist diese Zurückhaltung durchaus nicht angebracht. Es hat mich befremdet, daß Deutschland, das keine Interessen im Orient hat, gewissermaßen die diplomatische Führung in der kretensischen Angelegenheit übernommen hat. Nun hat der Blockadevorschlag zu einem diplomatischen Mißerfolg geführt. Wir haben in der That kein Interesse an der Vergrößerung Griechenlands. Die philhellenische Begeisterung ist geschwunden, man denkt jetzt immer an die Benachtheiligung der griechischen Staatsgläubiger. Aber es handelt sich hier nicht um die Vergrößerung Griechenlands, sondern um eine Kulturfrage. Die Schlächtereien in den türkischen Gebieten müssen aufhören. Es ist bedauerlich, daß die Großmächte nicht zu der Einigkeit gelangt sind, die Greueithaten in der Türkei zu verhindern. Der Vorschlag Salisburys, Kreta eine Autonomie, wie sie Samos hat, zu geben, hat Manches für sich. Die türkische Frage kann nicht auf einmal gelöst werden, sie löst sich ganz allmälig, indem einzelne Staaten die Autonomie erlangen, wie sie Griechenland, Serbien, Rumänien, Bulgarien erlangt haben. Der Herr Staatssekretär meinte, erst müsse der völkerrechtswidrige Zustand, die Annexion Kretas durch Griechenland, beseitigt werden. Ich meine, beides, die Reformen für Kreta und die Beseitigung der Annexion, müssen gleichzeitig erfolgen. Griechenland wird um so mehr in's Unrecht gesetzt werden, je eher sich die Mächte einigen, Kreta die Autonomie zu geben. (Beifall bei der deutschen Volkspartei.)

Dr. Marquardsen (NL.): Es ist erfreulich, wenn die verschiedenen Parteien in Fragen auswärtiger Politik zusammengehen. Ich halte den Gedanken des Abg. Richter, dem Salisbury'schen Vorschlag zu folgen, für richtig. Die Hauptsache bleibt die Erhaltung des europäischen Friedens. In dieser Beziehung können wir zur Regierung volles Vertrauen hegen.

Dr. Lieber (Z.): Ich bin mit dem Abg Dr. Marquardsen ganz einverstanden; ob wir in der inneren Politik schwarz-weiß oder roth denken, nach außen wollen wir schwarz-weiß-roth sein. Redner bittet, auf Einzelheiten nicht einzugehen. Das Auswärtige Amt wird um so stärker nach außen sein, je weniger Schwierigkeiten wir ihm durch das Eingehen auf die kretische Frage bereiten.

Schmidt-Warburg bemerkt, die Klagen der Gläubiger Griechenlands wollten nicht verstummen, da Griechenland immer noch die Rolle des faulen Schuldners weiterspiele. Er bitte den Staatssekretär, doch auch der Frage der griechischen Schuld seine weitere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Staatssekretär Freiherr von Marschall erwidert: Allerdings sei auch diese Frage eine wichtige, da etwa 200 Millionen der griechischen Schuld in Deutschland, meist bei kleinen Leuten untergebracht seien. Die Regierung werde im Verein mit den anderen Regierungen diese Frage in dem Sinne weiter verfolgen, wie er es im vorigen Jahre dargelegt habe.

Darauf wird der Titel „Gehalt des Staatssekretärs“ bewilligt.

Bei dem Titel „Geheime Ausgaben 50 000 Mk.“ erklärt

Stadthagen (SD.), er sehe nicht ein, wozu das Auswärtige Amt diese Summe brauche, höchstens doch zur Abwehr der gemeingefährlichen Bestrebungen preußischer Lockvögel und anderen Lumpengesindels.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats des Auswärtigen Amtes nach den Beschlüssen der Kommission.

Es folgt der Kolonialetat.

Graf Arnim (RP.) regt bei den Ausgaben für das Ostafrikanische Schutzgebiet eine Regelung der Landfrage an. Solchen die in Ostafrika Land erworben und ihr Kapital da anlegen wollten, sollte man möglichst wenig Schwierigkeiten machen.

v. Vollmar (SD.): Eine Veröffentlichung in der Londoner „New Review“ Nr. 93 hat zu meinem großen Bedauern bisher keine Beantwortung seitens unserer Kolonialverwaltung erfahren; die Veröffentlichung geht von einem sehr mißgünstigen englischen Standpunkt gegenüber Deutschland aus, man darf ihr daher zweifellos nicht Alles glauben; aber eine Fülle von Einzelangaben erfordert doch ein Eingehen der Kolonialverwaltung darauf. Es wird behauptet, dieselbe fördere durch einen schwunghaften Pulver- und Waffenhandel nach Zentralafrika den Sklavenhandel; die Karawanen u. s. w., welche das Pulver mitgeführt haben, werden genau bezeichnet, und einzelne sollen bis 1500 Pfund Pulver bei sich gehabt haben, also viel mehr, als zum eigenen Schutze erforderlich ist, genügend, um eine Masseneinfuhr nach Zentralafrika zu konstruiren. Auch habe die deutsche Regierung eine derartige Karawane auf dem Wege des Schmuggels durch den Dampfer „Wißmann“ das ihr sonst verschlossene englische Gebiet befördert; ferner werde Sklavenhändlern und ihren Karawanen der Weg nach Sindu und Kilwa freigegeben, wo ein sehr guter Markt für Sklaven und Elfenbein sich befindet. Auf solche Einzelheiten halte ich eine genaue Entgegnung für nöthig. Die Denkschrift über die Entwickelung der Schutzgebiete giebt geringfügige Reste von Sklavenhandel zu; es wird aber von anderen Seiten behauptet, daß derselbe noch eine große Ausdehnung habe, und daß beispielsweise die umfangreiche Sklaverei auf Pemba ohne Sklavenraub und -Diebstahl nicht bestehen könne und fortwährend Ersatz brauche, auch von den deutschen Küsten her. Sind der Regierung genaue Zahlen bezw. Schätzungen bekannt über den Umfang des noch stattfindenden Sklavenhandels? Wir müssen wissen, ob nach dieser Richtung hin Alles geschieht, um den so häufig gerühmten Zweck der Kolonisation, dem Sklavenhandel einen Damm entgegenzusetzen, zu erreichen. Darüber wie über die Angaben jenes englischen Artikels bitte ich die Regierung um ihre Auskunft.

Direktor im Kolonialamt Frhr. v. Richthofen: Die Klagen aus dem Jahre 1893 haben ihre Widerlegung in der „Nordd. Allg. Ztg.“ durch Herrn Stuhlmann gefunden. Was die zweite Frage anlangt, so hat mir das Gouvernement mitgetheilt, daß es dort dem Sklavenhandel wirksam entgegentritt. Die Aufgabe ist nicht leicht, da in Sansibar die Nachfrage nach Sklaven noch immer sehr groß ist. Man wird mit den obwaltenden Zuständen noch eine Zeit lang rechnen müssen.

Der Rest des Etats für das ostafrikanische Schutzgebiet wird ohne Debatte genehmigt. Beim Etat für Kamerun wünscht

Beckh (FVp.), daß bei der Auswahl von Kolonialbeamten möglichste Vorsicht angewendet werde, damit nicht solche Reibereien vorkämen wie letzthin zwischen dem Gouverneur von Puttkamer und dem Rittmeister von Stetten. Die Lebensführung des Herrn von Puttkamer sei gar nicht so reinlich und zweifelsohne. Eine Untersuchung aber sei nicht eingeleitet worden wegen der ihm vorgeworfenen Vergehen. Das „Berliner Tageblatt“, das die Mittheilungen gebracht habe, sei zwar angeklagt worden, die Sache sei aber längst eingeschlafen. Es sei nothwendig, der Sache auf den Grund zu gehen. Es sei bedauerlich, daß man Herrn v. Stetten zu Gunsten des Herrn v. Puttkamer bei Seite geschoben habe. In Bayern sei Herr v. Stetten sehr angesehen, er habe noch in den letzten Tagen bei der höchsten Person des bayerischen Landes zu Mittag gespeist. (Große Heiterkeit.)

Kolonialdirektor Frhr. v. Richthofen: In der Wahl des Herrn von Stetten war mein Amtsvorgänger nicht sehr glücklich gewesen. Es war nicht der richtige Weg, sich an die Presse zu wenden, er hätte den Beschwerdeweg einschreiten sollen. Das Verfahren gegen das „Berliner Tageblatt“ geht seinen Gang. Herr von Puttkamer erläuert den Inhalt der „Tageblatt“-Artikel für erlogen.

Beckh (FVp.): Wenn Herr von Puttkamer Alles abgeleugnet hat, so wird die Gerichtsverhandlung doch noch ein anderes Resultat ergeben.

Schall (K.) fragt an, ob die Regierung den schädlichen Wirkungen des Branntweingenusses in den Kolonien entgegenträte.

Graf Limburg-Stirum (K.): Alle Angaben, die der Abg. Beck vorgetragen, sind nicht der Art, daß gegen einen so tüchtigen Beamten, wie Herrn v Puttkamer, in so rigoroser Weise vorgegangen werden sollte. Die Angaben beruhen auf den Mittheilungen eines Herrn v. Stetten. Aber zweierlei mahnt zur Vorsicht. Herr v. Stetten war lange in den Kolonien und man weiß, daß der lange Aufenthalt dort sehr aufregendes Wirkungen hat. Außerdem wollte Herr v Stetten gern selber Gouverneur sein. Ich bin mit dem Verhalten des Herrn Kolonialdirektors also vollkommen einverstanden (Bravo! rechts.)

Kolonialdirektor von Richthofen: Wir sind bemüht, uns mit den Nachbarkolonien dahin zu verständigen, daß die Branntweineinfuhr vermindert wird, natürlich ohne einseitige Schädigung der deutschen Einfuhrinteressen.

Beckh (FVp.): Ich bin nicht von einer, sondern von mehreren sehr vertrauenswürdigen Stellen über Herrn von Puttkamer informirt worden. Nicht das Wegnehmen des Kommandos mache ich Herrn von Puttkamer zum Vorwurf, sondern das Ableugnen der That. Das ist nicht vornehm. (Sehr richtig! links.) Ich verlange nicht, daß Sie sofort Alles glauben, sondern nur, daß untersucht wird.

Der Etat für Kamerun wird hierauf genehmigt.

Der Etat für Togo wird debattelos genehmigt.

Es folgt der Etat für Südwestafrika.

Graf Arnim (K.) betont die Nothwendigkeit des Baues einer Eisenbahn für dieses Schutzgebiet. Man könne nicht darauf warten, bis die englischen Gesellschaften von dem ihnen verliehenen Privilegium zum Bahnbau Gebrauch machten, sondern das Reich müsse im Interesse der Kolonie die Bahn selbst bauen. Der Bahnbau würde sich nicht nur verzinsen, seine Erträge würden auch noch einen Theil der Ausgaben für das Schutzgebiet decken. Die Erfahrungen, die das Reich mit der Karaskoma-Gesellschaft gemacht habe, nöthigten zur äußersten Beschränkung in der Konzessionirung weiterer ausländischer Gesellschaften.

Kolonialdirektor Frhr. v. Richthofen: Wenn das hohe Haus die Mittel zu einem Bahnbau in Südwest-Afrika bewilligen wollte, so würden wir uns mit den englischen Gesellschaften schon verständigen. Diese wären froh, wenn ihnen die Last des Bahnbaus abgenommen würde.

Richter (FVp.): Aus dem Schweigen der Linken darf Graf Arnim nicht unsere Uebereinstimmung mit seinen Anschauungen folgern. Wir schweigen, weil unser Standpunkt bekannt ist und neue Fragen in der Kolonialpolitik nicht vorliegen. Redner bekämpft den Bau der südwestafrikanischen Bahn durch das Reich. Die trübseligen Erfahrungen mit der Usambaralinie nöthigen zur Vorsicht. Dort ist glücklich eine Strecke fertiggestellt. Jeden Sonnabend verkehrt dort ein Zug, Jagdzug genannt, nicht wegen der Schnelligkeit der Beförderung, sondern weil die Herren Beamten mit ihm zur Jagd fahren. (Heiterkeit.) Das Bedürfniß nach einer Bahn in Südafrika ist gar nicht vorhanden. Das Land entwickelt sich gar nicht. Wenn der Handel gestiegen ist, so liege das daran, daß das Reich jetzt 3 Millionen statt 1½ Millionen jährlich ausgiebt. Wird die Schutztruppe verringert, so sinkt auch der Handel. Wir sind auch gegen die Uebernahme einer Zinsgarantie für auswärtige oder inländische Unternehmer. Wenn das Reich eine dreiprozentige Zinsgarantie übernimmt, betheilige ich mich selber an der Bahngesellschaft. (Heiterkeit.) Aber da die dreiprozentigen Reichsanleihen al pari stehen, so thäte das Reich dann schon besser, die Bahn zu bauen.

Hasse (NL.) hält den baldigen Bau einer Eisenbahn von der Walfischbay nach Windhuck für dringend nothwendig. Die Konzessionirung fremder Gesellschaften halte auch er für eine lästige Fessel für die Entwicklung der Kolonie.

Graf Arnim (RP.). Eine Privatgesellschaft baut billiger, als der Staat. Das hat doch der Abg. Richter früher stets betont. Ob Pferde, Esel oder Ochsen vor die Bahn gespannt werden sollen, ist noch nicht festgesetzt. Durch Ausdauer werden unsere Kolonien allmälig ertragfähig gemacht werden.

Richter (FVp.) führt noch einmal aus, daß der Bau einer Eisenbahn sehr theuer sein würde, schon die Sicherung des Bahnkörpers würde bedeutende Mittel erfordern.

Der Rest des Etats wird nach den Beschlüssen der Kommission debattelos genehmigt. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Reichsfinanzreformgesetz. Invalidenfonds.)

Schluß 5¼ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine Blättermeldung, nach der die Reichstagssession noch vor Ostern schließen sollte, wird von den „Berl. Pol. Nachr.“ für unrichtig erklärt. Angesichts der Fülle des dem Reichstage vorliegenden Berathungsstoffes lag das Unbegründete jener Meldung auch von vornherein auf der Hand.

Die Kommission für Arbeiterstatistik trat Sonnabend unter der Leitung des Direktors im Reichsamt des Innern Dr. von Wödtke zur Feststellung des von ihr zu erstattenden Berichts über das Ergebniß der die Verhältnisse in der Kleider- und Wäschekonfektion betreffenden Untersuchung zusammen. Der von dem Direktor des Kaiserlichen Statistischen Amts Dr. von Scheel, als dem

Referenten der Kommission, ausgearbeiteten Entwurf wurde mit nur unwesentlichen Abänderungen genehmigt. Der Bericht ist nunmehr dem Reichskanzler zu überreichen.

Die Freisinnige Volkspartei hat im Reichstage ihren früheren Antrag, daß die verbündeten Regierungen aufgefordert werden, Diäten und Reisekosten an die Reichstags-Abgeordneten zu gewähren, wiederum eingebracht.

Die Reichstagskommission zur Vorberathung der von dem Zentrum und den Konservativen beantragten Margarinevorlage ist Sonnabend nach Schluß der Plenarsitzung gewählt worden und hat sich sofort konstituirt. Vorsitzender ist Abg. Dr. Bachem, Stellvertreter Graf Holstein. Außerdem gehören der Kommission an die Herren Dr. Kruse, Rothbarth, Schulze-Henne (natl.); Rettich, v. Plötz, v. Puttkamer-Plauth (kons.); Reichmuth (Rp.); Fusangel, v. Grand-Ry, Humann, Klose, Schmid-Immenstad (Z.); Prinz Czartoryski (Pole); Weiß, Dr. Hermes (Fr. Vp.); Benoit (Fr. Vereinig.); Wurm, Harm, Herbert (Sozd.). — Die Kommission tritt am Donnerstag, den 25. Februar, zur ersten Sitzung zusammen.

Liberale Kartellschmerzen. Die um Richter und die um Rickert können sich nicht einigen. Die mündlichen Verhandlungen zwischen der Freisinnigen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung, die am Freitag Mittag stattgefunden, haben, so schreibt die „Freisinnige Ztg.", zu einem Ergebniß nicht geführt, weil die Freisinnige Vereinigung wieder auf die in dem bekannten Schriftwechsel von der Freisinnigen Volkspartei wiederholt abgelehnte Forderung einer allgemeinen Erklärung zu Gunsten des Fraktionsbesitzstandes zurückkam. Die Freisinnige Volkspartei machte dagegen den Vorschlag, statt von oben herab durch allgemeine Erklärungen von unten herauf unter Inbetrachtnahme der einzelnen Gegenden zunächst die überwiegend vorhandene Einigkeit der Wählerschaften festzustellen und alsdann noch übrig bleibende Gegensätze in einzelnen Wahlkreisen individuell in Betracht zu ziehen. Dieser Vorschlag wurde von der Freisinnigen Vereinigung rundweg abgelehnt.

Die staatsgefährliche Papiertüte. Die Polizeiverwaltung zu Jircke in der Provinz Posen hatte einen ballonartigen Dekorationsgegenstand, der bei einer Schulfeier aus Anlaß des Geburtstages des Kaisers benutzt worden war, eingesandt mit der Bitte um Auskunft darüber, ob der Gegenstand die Nachbildung der polnischen Königskrone sei. Das corpus delicti wurde vorgezeigt und von den Anwesenden mit heiterem Gelächter besichtigt; es hat mit einer Krone auch nicht die entfernteste Aehnlichkeit.

Die Voruntersuchung gegen den Kriminal-Kommissar v. Tausch ist, wie versichert wird, noch nicht „vollständig abgeschlossen", vielmehr ist lediglich die Voruntersuchung gegen Tausch und Sigwo wegen der bekannten Quittungsfälschung jüngst zum Abschluß gekommen. Des Weiteren wird geschrieben: Die Anklage gegen die beiden Genannten dürfte nicht auf schwere Urkundenfälschung lauten, weil das Moment der Verschaffung eines Vermögensvortheils nicht für vorliegend erachtet wird. Es würde danach für dieses dem Kriminal-Kommissar v. Tausch ebenfalls zur Last gelegte Delikt die Strafkammer zuständig sein, wenn von Tausch nicht auf Grund desselben Thatbestandes sich gleichzeitig eines Verbrechens im Amte verdächtig gemacht hätte, wegen dessen die Strafsache vor das Schwurgericht gehört. Das Verbrechen im Amte wird in Folgendem gefunden: Durch die Vernehmung der Herren vom Königl. Inquisitorischen Bureau, insbesondere des Journalisten Kubisch, im Kriegsministerium war die Unschuld des Herrn Kubisch erwiesen und zugleich festgestellt worden, daß derselbe den Betrag von fünfzig Mark nicht erhalten hatte. Damit war zugleich die Unechtheit der vom Kriminal-Kommissar von Tausch dem Oberstleutnant Gorde übersandten Quittung nachgewiesen. Von diesen Vorgängen hatte Herr v. Tausch Kenntniß erlangt; er mußte also von Amtswegen eine Untersuchung der Quittungsfälschung veranlassen. Da er dies unterlassen hat, muß wegen Verbrechens im Amte gegen ihn vorgegangen werden. In der Meineids-Sache gegen v. Tausch dauern die Erhebungen noch fort.

In Sachsen ist der erste Stoß wider das Reichstagswahlrecht aus einer sonst so schwarzen Schießbüchse des Zentrums. Bei einer Besprechung der Haltung des edlen Grafen Ronna im Reichstage empfiehlt nämlich der ultramontane „Sächsische Volks-Zeitung" das Gedenkniß, daß das allgemeine Wahlrecht einer Korrektur bedürfe. Dieselbe soll erfolgen durch Hinausschiebung der Altersgrenze und Festsetzung der Zahlung einer direkten Steuer als Bedingung der Wahlberechtigung. Den Sozialdemokraten werde es allerdings viel Stimmen kosten. Wir sind der „Sächsischen Ztg." zu Dank verpflichtet. Sie spricht offen aus, was ihre Parteigenossen bisher in Deckung hielt und diplomatisch verschwiegen haben. Sie rückt sich freundlich und zeigt der gar nicht mehr allzuarmen Menge das wahre reaktionäre Gesicht der reaktionärsten aller Parteien: des Zentrums.

Oesterreich-Ungarn.

Der Kampf der österreichischen Sozialdemokratie, den sie zum ersten Mal und unter den schwierigsten Umständen durchzuführen hat, erregt auch außerhalb Oesterreichs das lebhafteste Interesse aller Parteigenossen, das sich auch in dringender materieller Hülfe bekunden, über welche die Wiener „Arbeiter-Ztg." berichten kann: „Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie hat dem Bahlowitz Mk. 10,000 zugehen lassen; der Gewerkschaft der Tabakarbeiter Bologna hat 500 Frcs. gesendet und Bauern in Ausicht gestellt; die Vereine der Oesterreicher in der Schweiz und in Frankreich haben Aufrufe erlassen; ein Zweigverein der Social Democratic Federation in London hat eine Sammlung eingeleitet; die Parteiblätter Nordamerikas veröffentlichen einen Aufruf zur Unterstützung unseres Wahlfonds. Diese Beweise der internationalen Solidarität haben eine Bedeutung für die österreichische Arbeiterschaft, die weit über das Gewicht der einzelnen Summen, so sehr wir deren bedürfen, hinausgeht. Sie bringen uns zum Bewußtsein, daß wir nicht isolirt und vereinsamt sind, sondern daß wir eine Schlacht schlagen, die ein Theil jenes Wahlkampfes ist, den das international geeinigte Proletariat gegen die internationale Ausbeutersippe, gegen die Finsterlinge und Feinde aller Völker führt, daß die österreichische Sozialdemokratie heute jener Theil des Kampfheeres ist, der im heißesten Gefecht steht, und auf den darum die Augen der klassenbewußten Arbeiter aller Zungen und aller Zonen siegersehnend gerichtet sind. Die österreichischen Sozialdemokraten werden jeder einzeln und als Gesammtheit ihre ganze Kraft aufwenden, um sich der Aufgabe würdig zu zeigen, die ihnen gestellt ist."

Italien.

Die erste sozialdemokratische Gemeindeverwaltung in Italien hat das als klimatischer Kurort weltbekannte Städtchen San Remo erhalten. In der erst kurzen Zeit ihrer Amtsthätigkeit haben die sozialistischen Gemeinderäthe bereits einen schönen Erfolg erzielt. Sie haben die regelmäßige Speisung der Schulkinder auf Kosten des Gemeinwesens beschlossen, und am 16. d. M. haben die Speisungen, zunächst von 250 Schülern, ihren Anfang genommen. Die Maßregel wurde von der Bevölkerung mit Enthusiasmus begrüßt. Geschah doch endlich auch einmal etwas für das Volk, während die frühere Verwaltung nur auf die Wohlfahrt der Kurgäste und damit auf den Vortheil der Hoteliers und Grundbesitzer bedacht war.

Frankreich.

Die Ausweisung deutscher Sozialisten in der Pariser Kammer. Guesde (Sozialist) richtete am Sonnabend eine Interpellation an die Regierung über die Ausweisung von Elsässern, welche am 6. September 1896 in Wissenbach einer Versammlung beiwohnen wollten, in welcher die Deputirten des deutschen Reichstags Bueb und Bebel Rechenschaft über ihr Mandat ablegen wollten. Der Redner erinnerte daran, daß Bebel und andere deutsche Sozialisten gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen Einspruch erhoben hätten.

Der Minister des Innern, Barthou, erwiderte, die Ausweisung habe sich nur gegen Bueb und Bebel gerichtet, deren Anschluß an den Sozialismus ihre leidenschaftliche Anhänglichkeit an das deutsche Vaterland nicht ausschließe. Die deutschen Sozialisten rühmten sich offen, erst Deutsche zu sein und dann erst Sozialisten; es wäre zu wünschen, daß dasselbe in allen Ländern der Fall sei. (Beifall und Widerspruch.) Barthou erklärte weiter, er nehme die einfache Tagesordnung an, als Zeichen der Billigung des Verhaltens der Regierung, und beklagte sich über die Unterbrechungen, denen er seitens der äußersten Linken ausgesetzt gewesen sei. Die einfache Tagesordnung wurde denn auch mit 361 gegen 73 Stimmen angenommen und die Sitzung aufgehoben.

Lübeck und Nachbargebiete.

23. Februar.

Achtung! Metallarbeiter! Der Zuzug von Schlossern, Schmieden, Drehern, Klempnern, Verzinnern, Brennern und sonstigen Hülfsarbeitern nach Lübeck ist streng gänzlich fernzuhalten. — Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Das Streikkomitee ersucht, bei Zeichnung von Geldern für die streikenden Arbeiter von Thiel u. Söhne nur auf solche Sammellisten zu zeichnen, welche vom Lübecker Gewerkschaftskartell herausgegeben und mit dem Kartellstempel versehen sind.

Amtsblattweisheit. In der letzten Nummer der „Neuen Zeit" hat der Genosse Mehring seine Ansichten über den Hamburger Streik kundgegeben. Bürgerliche Blätter glauben, daß Mehring sich in Gegensatz gestellt habe zu den in der Partei bezw. der sozialdemokratischen Fraktion über den Streik herrschenden Anschauungen. Das Aufhüben derartiger „Gegensätze" innerhalb unserer Partei ist bekanntlich ein ebenso beliebter wie unnützer Sport kritikloser Gegner, dem ernstlich Aufmerksamkeit zu widmen Thorheit wäre. Daß unser hochmöbliches Amtsblatt gewerblich die Weisheit der maßgebenden Presse wiederkäut, kann ihm Niemand verbieten; Originalität hat man ihm noch nie zum Vorwurf machen können. Was die Sache interessant macht, ist einzig die Form, in welcher das Lübecker Intelligenzblatt die fremde Weisheit an den Mann bringt. Es schreibt resp. druckt nach:

„Im Widerspruch mit den Darstellungen in der sozialdemokratischen Tagespresse, wonach der Hamburger Streik keine Niederlage der Sozialdemokratie bedeute, schreibt die sozialdemokratische „wissenschaftliche" Revue „Neue Zeit: (Folgt die Mehringsche Darstellung.)

Das Wort „wissenschaftliche" wird also in Gänsefüßchen gesetzt, womit offenbar angedeutet werden soll, daß die Gelehrten von der Königstraße von den Zinnen ihrer Wissenschaft mitleidig auf die kleine „Neue Zeit" herabblicken dürfen. Die armen Tröpfe! Wenn das wenige Amtsblatt in sämmtlichen Artikeln seiner bezahlten und freiwilligen Mitarbeiter während eines ganzen Jahres nur den zehnten Theil originaler Wissenschaft zu bieten im Stande wäre, welche in einem einzigen Leitartikel der „Neuen Zeit" enthalten ist, dann dürfte es stolz sein u vielleicht von sich sagen können, es sei wirklich eine Z tung, ein Vertreter der sechsten Großmacht. Doch es bezeichnend: je mehr die geistige Impotenz mancher Le sich jener Grenze nähert, die man das non plus ult nennt, desto größer wird die Selbstüberhebung. Es le das „wissenschaftliche" Amtsblatt!

Jedem das Seine. Der „General-Anzeiger" brach unlängst folgende Notiz in seinem lokalen Theil:

„Ein Unfall, welcher leicht schlimmere Folgen hab konnte, ereignete sich gestern Abend 7½ Uhr in der unter Mühlenstraße. Eine ältere Frau sprang während der Fah vom Straßenbahnwagen, kam zu Fall und verletzte sich nicht u bedeutend am Kopfe und am Knie. Zwei edelmüthige jun Damen nahmen sich der armen Frau liebevoll an und geleitet dieselbe nach ihrer Wohnung. Hut ab vor solchen mensche freundlichen Personen! Nach Anfragen erzählte besagte Fra daß sie gelungelt hätte, jedoch an keiner Haltestelle. Es im Publikum immer noch nicht völlig bekannt, daß nur an d Haltestellen der Wagen zu Stehen gebracht wird und nicht ei dringlich genug davor zu warnen, während der Fahrt vo Wagen abzuspringen.

Diese Darstellung entspricht nicht ganz den Tha sachen. Nicht „zwei edelmüthige junge Damen" sind e gewesen, welche sich der armen Frau in ganz besonderer Maße angenommen haben, sondern ein Arbeiter wo es. Er nahm die blutende Frau nach seiner Wohnun mit, wusch ihr Blut und Schmutz ab, legte ihr, so gu er es vermochte, einen Nothverband an und führte si dann zu ihren in der Hüxstraße wohnenden Verwandten Der „General-Anzeiger" schreibt: Hut ab vor solche edelmüthigen jungen Damen! Ob er auch schreiben würde: Hut ab vor solchem Arbeiter? Soviel zu Steuer der Wahrheit!

Vom Lübecker Fremdenblatt-Korrespondenten. Nachstehende Notiz, die sonderbarer Weise nicht vorher in etwas milderer Form in der „Eisenb. Ztg." enthalten war, kostet der Firma Gustav Diederich u. Co. in Hamburg des Honorar für 7 Zeilen:

Lübeck. Bürgerschaftswahlen. Nachdem die Sozialdemokraten hinter verschlossenen Thüren über die Bürgerschaftswahlen berathen haben, folgt nun auch der Vaterstädtische Verein diesem Beispiele, er will im trauten Kreise seiner Mitglieder die Vorbereitungen treffen. Eine öffentliche Versammlung hat bisher nur der Bürgerrechtsverein abgehalten.

Thatsache ist, daß der hiesige sozialdemokratische Verein in seiner letzten Mitglieder-Versammlung die Betheiligung an den diesjährigen Bürgerschaftswahlen beschlossen hat. Ob die Thüren geschlossen waren, wissen wir nicht, es ist aber anzunehmen, da wir Februar haben, und das Feuerungsmaterial Geld kostet. Folgt der Vaterstädtische Verein diesem Beispiele, so befindet sich der sozialdemokratische ja in guter Gesellschaft. Daß die Sozialdemokratie, in Lübeck so gut wie anderswo, die Oeffentlichkeit nicht zu scheuen braucht und nicht scheut, brauchen wir nicht erst hervorzuheben. Wir registriren — 7 Zeilen.

Aufnahme des Pferdebestandes in Stadt und Vorstädten. Für das laufende Jahr ist vom Senat eine Vormusterung des Pferdebestandes im hiesigen Staate nach Maßgabe des Pferde-Aushebungs-Reglements vom 24. November 1886 nebst Nachträgen vom 25. Oktober 1890 und 13. März 1895 angeordnet worden. Die Vormusterung findet im Monat März statt und hat zu dem Ende vorher eine allgemeine Aufzeichnung des Pferdebestandes zu geschehen. Diese Aufzeichnung wird in der Stadt und den Vorstädten durch Schutzleute erfolgen; auf bezügliche Nachfrage sind ihnen die nöthigen Angaben über Zahl der gehaltenen Pferde, über Farbe, Abzeichen, Geschlecht und Alter jedes Pferdes zu machen. Die Pferdebesitzer werden ersucht, den nachfragenden Schutzleuten durch Entgegenkommen ihre Aufgabe thunlichst zu erleichtern und durch gewissenhafte Angaben auch ihrerseits zur späteren schnellen Erledigung des Vormusterungsgeschäftes beizutragen. Pferdebesitzer, welche bis zum 28. d. M. über ihren Pferdebestand durch Schutzleute nicht befragt worden sind, haben dies bei der nächsten Polizeiwache unverzüglich anzumelden. Die Termine für die Vormusterung und die Musterungsplätze werden demnächst öffentlich bekannt gemacht werden. Solcher Bekanntmachung entsprechend haben die Pferdebesitzer ihre Pferde ohne besondere Aufforderung zur Musterung vorzuführen.

Handelsregister. Am 19. Februar 1897 ist eingetragen: auf Blatt 1976 die Firma „J. Siemers". Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: J. Fr. Chr. Siemers, Krämer zu Lübeck.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmannes Otto Bruhns in Lübeck ist, nachdem die Schlußvertheilung erfolgt ist, aufgehoben.

Ausgabe von Postwerthzeichen auf den Bahnhöfen. Bisher konnte das reisende Publikum auf Bahnhöfen selbst in den dringendsten Fällen keine Postwerthzeichen erhalten. Das Reichspostamt hat jetzt eine Verfügung erlassen, welche allen diensthuenden Postassistenten zur Pflicht macht, auf allen Bahnhöfen der preußischen Staatseisenbahnen auf Verlangen Briefmarken, Postanweisungen, Postkarten u. s. w. an die Reisenden zu verkaufen.

Germanischer Lloyd. Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 8. bis 15. Februar 1897 folgende Seeschäden gemeldet worden: Totalverluste 30, davon 11 Dampfer und 19 Segelschiffe, 171 Beschädigungen, davon 121 Dampfer und 50 Segelschiffe, zusammen 201.

Das Plombiren kariöser Zähne fällt nach einer Entscheidung der 16. Zivilkammer des Landgerichts Berlin I unter den Begriff der ärztlichen Behandlung, die die Ortskrankenkassen auf Grund des § 6 des Krankenversicherungsgesetzes ihren Mitgliedern zu gewähren haben, sobald die Nothwendigkeit des Plombirens zur Beseitigung einer wirklichen Krankheit ärztlicherseits festgestellt ist. Daß den Berliner Ortskrankenkassen mit ihrer bedeutenden Mitgliederzahl bei der großen Verbreitung der genannten Zahnkrankheit erhebliche Kosten entstehen, ist nicht zu verkennen.

Selbstverständlich — so heißt es in der Entscheidung — wird bei dem Plombiren nur das billigste Füllungsmaterial zu verwenden sein, denn es hat nicht im Sinne des Gesetzes gelegen, den Gemeinden und den Krankenkassen kostspielige und unerschwingliche Leistungen aufzuerlegen. Ein Anspruch auf eine Goldplombe zum Beispiel, deren Werth die Kosten der zu leistenden ärztlichen Thätigkeit erheblich überschreiten würde, besteht für die Versicherten jedenfalls nicht.

Die Fensterrahmenfabriken und das Glaserhandwerk. Noch auf Grund der vorletzten deutschen Gewerbezählung konnte der Irrthum aufkommen, als ob die Glaserei ein Gewerbe wäre, das dem fabrikmäßigen Großbetrieb durchaus verschlossen sei. Langsam, aber um so sicherer haben sich die Fensterrahmenfabriken Terrain erworben und nunmehr liegt die Sache so, daß die Glasermeister sich entschließen müssen, mit jenen Fabriken sich zu einigen, das heißt, die fertigen Rahmen aus der Fabrik zu beziehen. Freilich, dabei bleibt die Entwickelung nicht stehen. In den Glaserkreisen Hannovers wird lebhaft darüber geklagt, daß diese Fabriken die ihre Waaren in Skandinavien herstellen lassen, bestrebt sind, unter Umgehung der selbstständigen Glasermeister direkt an die Bauunternehmer heranzukommen und das Einsetzen der Scheiben und das Anbringen der Fensterrahmen ohne den Handwerksmeister besorgen wollen. Was man in hannöverschen Handwerkskreisen als eine betrübende Neuerung empfindet, das kannte man in großen Städten schon längere Zeit. Im Londoner Baugewerbe gelangten schon seit Jahrzehnten Fensterrahmen zur Verwendung, die aus Skandinavien eingeführt und dort in fabrikmäßigen Großbetrieben hergestellt wurden. Auch in Deutschland bestehen schon solche Fabriken, die der handwerksmäßigen Glaserei ohne Gnade das Lebenslicht ausblasen. Dr. Sinzheimer beschreibt in seiner Schrift den Großbetrieb eine solche Fabrik in Ludwigshafen die 150 Arbeiter beschäftigt. In einem Jahre werden dort 12,000 Fenster hergestellt, und zwar beginnt die Produktion mit der Verarbeitung der Baumstämme in einem eigenen Sägewerk. Gerade die Thatsache, daß die Fensterrahmenfabriken in einem so frühen Stadium mit der Produktion beginnen, ist als eine Hauptquelle der Billigkeit ihrer Erzeugnisse und der Schnelligkeit, mit der sie arbeiten, anzusehen. Dazu kommt noch in Betracht die Beschleunigung des Produktionsprozesses infolge der Leistungsfähigkeit der Maschinen, die die gesägten Bretter in Rahmen verwandeln. Eine solche Fabrik vermag leicht in vier Tagen 200 Fensterrahmen herzustellen; ihre Produktionsfähigkeit drängt naturgemäß zu einer Ausdehnung des Absatzgebietes, d. i. zu einer Verdrängung der Glasermeister. Wo sich diese Konkurrenz noch nicht bemerkbar gemacht hat, da wird sie nicht mehr lange auf sich warten lassen, um so weniger, als diese Fensterrahmenfabriken bisher glänzende Geschäfte gemacht haben.

Der dreißigjährige Monteur Wulf aus Lübeck erhielt, wie sich das „Berliner Tageblatt" aus Frankfurt a. M. melden läßt, als er auf dem Gerüst mit einer Schwachstromfreileitung beschäftigt war, von dieser einen Schlag, fiel auf die Straße und brach das Genick. Die Richtigkeit der Meldung müssen wir dem „B. T." überlassen.

Hamburg. Die Sitzung der Senatskommission, die sich mit der Untersuchung der Arbeitsverhältnisse im Hafen beschäftigte, dauerte am Sonnabend vier Stunden. Die Kommission vernahm vier Stauerdelegirte und vier Schauerleute über die einschlägigen Verhältnisse, wobei es sich nicht um Unterhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern handelte, sondern um Auskünfte behufs Gewinnung einer entsprechenden Unterlage für eine richtige Beurtheilung der Arbeitsverhältnisse. Die Delegirten der Schauerleute berichteten Sonntag in der Versammlung über die Vorgänge. Am Montag fand eine zweite Sitzung statt. In Folge des Thauweiters hat sich die Hafenarbeit gebessert. Der Hafen ist nahezu eisfrei. — Das letzte Wohnschiff der Arbeitswilligen, der Postdampfer „Reichstag" wurde Sonnabend von 150 Personen geräumt. Die betreffenden Arbeiter verließen größtentheils Hamburg.

Hamburg. Eine Haussuchung fand Montag Morgen in den Geschäftsräumen der Buchdruckerei von Auer u. Co., in der Privatwohnung des Geschäftsführers Bérard und in der des früheren Quaiarbeiters Landahl statt. Gesucht wurde nach dem Manuskript des kürzlich verbreiteten Flugblattes, als dessen Verleger Landahl gezeichnet hat, ferner nach etwa noch vorhandenen Exemplaren des Flugblattes, sowie nach den Platten und Formen. Der Liebe Müh' war, wie gewöhnlich, umsonst. Welchen strafbaren Inhalt das scharfe Auge des Staatsanwalts in dem Inhalt des Flugblattes entdeckt haben will, ist nicht bekannt.

Hamburg. In Ottensen wurden in der Nacht zum Sonnabend die Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt von H. Bauermeister und die Ottensensche Marzipanfabrik von Wieselmann u. Schlutor, beide in einem Gebäude gelegen, ein Raub der Flammen. Der Schaden ist bedeutend. Verlust an Menschenleben ist nicht vorgekommen.

Harburg. Zur Behandlung der Preßsünder im Gefängniß. Unser Genosse Redakteur Kauffmann vom „Volksblatt" hatte wegen seiner Behandlung im Gefängniß in Hameln durch den Rechtsanwalt Dr. Suse in Hamburg beim Justizminister Beschwerde führen lassen. Darauf ist vom Minister des Innern, dem die Beschwerde zur Erledigung überwiesen wurde, nachfolgendes Schreiben eingetroffen:

Abschrift.

„Minister des Innern.

Berlin, den 17. Februar 1897.

Auf Ihre an den Herrn Justizminister gerichtete und von diesem mir mitgetheilte Eingabe vom 9 Dezember v. J., betreffend die Behandlung des Redakteurs Kauffmann in den Gefängnissen zu Stade und Hameln, erwidere ich Ihnen, soweit das Letztere in Frage kommt, ergebenst Folgendes: 1) Das Verschneiden der Haare und des Bartes ist aus Gründen der Reinlichkeit auch für die Gefängnißgefangenen vorgeschrieben. 2) Bei der Beschäftigung der Gefängnißsträflinge wird die gesetzlich vorgeschriebene Rücksicht auf ihre Fähigkeiten und Verhältnisse genommen. Den Redakteur Kauffmann mit schriftlichen Arbeiten für die Verwaltung zu beschäftigen, war nicht angängig, weil solche Arbeit nicht ausreichend vorhanden war. Ihn durch einen Verlagshändler mit Anfertigung belletristischer und wissenschaftlicher Arbeiten zu beschäftigen, wäre mit der Ordnung in der Anstalt nicht wohl vereinbar gewesen. Die dem pp. Kauffmann zugewiesene Arbeit des Flechtens von Stuhlsitzen ist mit Rücksicht auf seine persönlichen Verhältnisse und Fähigkeiten gewählt worden; sie ist reinlich, leicht zu erlernen und erfordert einen großen Kräfteaufwand nicht. 3) Die Annahme, daß das Gefängniß in Hameln ein Zuchthaus sei, ist nicht zutreffend; es werden dort nur zu Gefängnißstrafe Verurtheilte verwahrt.

Im Auftrage (gez.) Haase."

So, nun weiß unser verehrter Freund Kauffmann endlich, woran er ist; er ist an die höhere Reinlichkeit gewöhnt worden und hat die Genugthuung, zu erfahren, daß er nicht nur zur Verübung von Preßvergehen, sondern auch zur Ergründung der Geheimnisse der Rohrstuhlflechtkunst ganz besonders veranlagt ist. Etwas anders scheint sein Kollege Thiel geartet zu sein. Bei seinem letzten Aufenthalt in der Preßsünderbewahranstalt hat man ihm das Flechten von Rohrstühlen nicht anvertraut. Ob er trotz seiner respektablen Körperlänge in den Verdacht gerathen ist, nur einen minder großen Kräfteaufwand ertragen zu können, bleibt dahingestellt. Das „Volksblatt" berichtet:

Nach seiner Entlassung aus dem hiesigen Gefängniß am Sonnabend Abend hat Genosse Thiel die Redaktionsarbeit heute wieder übernommen. Erwähnenswerth scheint uns die Thatsache, daß Thiel im Gefängniß zunächst mit Wergzupfen beschäftigt wurde, obwohl seine Arbeitskraft sofort zur Anfertigung schriftlicher Arbeiten nichtpolitischen Charakters vom Verlag des „Volksblatt" gekauft worden war. Erst für die letzten zweieinhalb Tage seiner Haft wurde dem in Isolirhaft befindlichen Preßsünder Schreibmaterial eingehändigt. Man sieht, die „schärfere Tonart" gegen sozialdemokratische Redakteure wird ganz allgemein praktizirt.

Stuhlflechten, Werggupfen, Bürstenmachen, Kaffeebohnenlesen, Alles kann das sozialdemokratische Schreibvolk, zu Allem zeigt sich bei ihm die natürliche Veranlagung. Dem „Zukunftsstaat" wird es an Leuten, so in jeglicher Hantirung geschickt sind, nicht fehlen. Wir sind doch recht vielseitige Menschen!

Fürstenberg (Strelitz). Ein mecklenburgisches Fuchsmühl. „Sie sollen auch mit unseres Voigtes Vorwissen und Wissen auf die Neuen Stünen und in Buchhorn bis an des Abtes zu Himmelpfort Grenzen Bau- und Feuerholz (dafern wir dessen zu benöthigten Bau und Feuerung bei Unserem Amte Fürstenberg nicht selbst benöthigt), nach ziemlicher Nothdurft frei haben; desgleichen auch das dröge Lagerholz im Gehege . . ."

So hatte es in einem Privilegium der Stadt Fürstenberg in Mecklenburg-Strelitz vom Jahre 1568 geheißen. Und 330 Jahre lang hatten die Einwohner von Fürstenberg nun das Recht, Bauholz, trockenes Fallholz und Streu aus dem großherzoglichen Walde zu holen. Das Bauholz bekamen die Hauseigenthümer, auf trockenes Sammelholz zum Brennen und Streu waren die Arbeiter und die sonstige ärmere Bevölkerung angewiesen; denn Fürstenberg ist ein kleines Städtchen von 2½ Tausend Einwohner, die vielfach im Betreiben von etwas Landwirthschaft und dem Halten von etwas Vieh ihren Erwerb oder doch einen nothwendigen Nebenerwerb finden. Der großherzoglichen Kammer paßte nun dieses Recht der Fürstenberger ganz und gar nicht und mehrfach machte sie es streitig, immer aber wurde es auf dem Klagewege wieder zurückerobert.

Nun soll es anders werden. Der Magistrat der Stadt Fürstenberg hat sich breitschlagen lassen und hat mit der großherzoglichen Kammer einen Vertrag abgeschlossen, nach dem die Rechte der Fürstenberger gänzlich preisgegeben werden, wogegen der Stadt einige Morgen Landes und einige kleine Seen zu eigen abgetreten werden. Für die städtische Vermögensverwaltung mag ein solcher Zuwachs ja ganz angenehm sein, die Einwohner aber und namentlich die ärmeren sind bei diesem Geschäft die Leidtragenden, um deren Interessen man sich nicht weiter gekümmert hat. So züchtet man Affären wie die Fuchsmühler traurigen Angedenkens und — Sozialdemokraten.

Ein Genosse in Fürstenberg, der über diese Vorgänge berichtet, schreibt, die nächstjährige Reichstagswahl würde die Antwort auf diese Handelsgeschäfte liefern.

Uebrigens scheint uns ein neues Beschreiten des Klagewegs keineswegs aussichtslos zu sein. Denn in dem erwähnten Vertrag lautet ein Artikel:

„Für den Fall, daß einzelne Fürstenberger Einwohner sich durch den in Art. 1 enthaltenen Verzicht der Stadt nicht auch für ihre Person gebunden halten, sondern die aufgegebenen Ansprüche als ihre privaten Rechte geltend machen und mit einer bezüglichen Klage rechtskräftig gegen die großherzogliche Kammer obsiegen sollten, verpflichtet sich die Stadt Fürstenberg bezüglich des erstrittenen Anspruchs in allen Stücken für die Kammer einzutreten resp. derselben für Schaden und Kosten vollen Ersatz zu gewähren."

Ein obsiegendes Urtheil für klagende Fürstenberger Einwohner scheint deshalb selbst vorausgesetzt zu werden, und die geschädigten Leute wollen nicht zögern, den Magistrat regreßpflichtig zu machen und sich ihren Schaden ersetzen zu lassen.

Oldenburg. Der Landtag nahm Sonnabend auch das neue Schulgesetz für Birkenfeld und Fürstenthum Lübeck an und bewilligte 110 000 Mark als Grunderwerbskosten für die Eisenbahn Lohne-Hesepe. Der Bau dieser Strecke ist deshalb gesichert.

Neueste Nachrichten.

Berlin. In der Sitzung des Nautischen Vereins am Montag machte Geheimrath Donner die Mittheilung vom Untergange der „Elbe", die die Schuld des Steuermannes und des Ausguckmannes der „Crathie", mit der die „Elbe" kollidirte, außer allen Zweifel stellt. Donner erhielt von dem Coroner in Sussex, der seiner Zeit die Untersuchung leitete, einen Brief mit der Mittheilung, dem Coroner sei gemeldet, daß der Matrose, der damals am Ruder der „Crathie" stand, nunmehr sich in Amerika aufhalte, und dort, weil er sich außer Schußlinie befinde, die volle Wahrheit eingestand, daß nämlich thatsächlich der Steuermann und der Ausguckmann ihren Posten verließen und Beide in die Kambüse gingen, sodaß bei dem Zusammenstoß mit der „Elbe" die „Crathie" führerlos gewesen ist.

Essen. Lokaltermin in Sachen Schröder und Genossen. Um 9½ Uhr erschienen am Sonnabend Morgen in Baukau die Gerichtsbeamten, die Herren Landgerichtsdirektor Jerusalem, Landgerichtsrath Hilgenbach, Landrichter Fuchs, Gerichtsschreiber Neuhöfer aus Essen; auch der Staatsanwalt Mantell und der Vertheidiger der Verurtheilten, Herr Rechtsanwalt Dr. Riemeyer-Essen hatten sich eingefunden. Sofort wurden die etwa 18—20 Zeugen in den Saal gerufen, vor den sich eine ganze Anzahl Neugieriger und Theilnehmender versammelt hatte. Auch die Presse war zahlreich vertreten. Dortmund, Essen und Bochum hatten Berichterstatter entsandt.

Im Saal mußten die Zeugen die Plätze einnehmen, die sie ihrer Erinnerung nach in der Versammlung vom 3. Februar 1895 inne gehabt hatten. Die Tische wurden so gestellt, daß sie die damalige Situation wiedergaben.

Unter den Zeugen wurde ein Soldat bemerkt, der aus Köln herbeizitirt war. Er hat als Bergmann die Versammlung mitgemacht. Wichtiges wird er nicht haben bekunden können, denn er erzählte, daß er sich im Moment, da Schröders Fall erfolgte, umgedreht und so nicht gesehen habe, ob Münter gestoßen oder nicht. Doch sind unter den geladenen Zeugen mehrere, die diesen Stoß genau gesehen zu haben erklären. Sie sind meist noch nicht in dem früheren Prozesse vernommen worden, sondern von der Vertheidigung erst neuerdings aufgefunden worden. Viele Augenzeugen haben seinerzeit aus Furcht vor bösen Folgen sich nicht gemeldet. Als typisch hierfür mag folgender Fall gelten: Einer der jetzt geladenen Zeugen hatte seinem Schwager gesagt, er habe den Stoß Münters sehr wohl gesehen, doch werde er sich der Sache fernhalten, die schon so viele unglücklich gemacht. Durch den Schwager wurde die Aeußerung bekannt und so die Ladung des Aengstlichen ermöglicht. Er erklärte, jetzt unter Eid seine Aeußerung unbedingt aufrecht erhalten zu müssen. Ein anderer Zeuge ist zur Essener-Hauptverhandlung seinerzeit nicht geladen worden, weil er im Vorverfahren, wo er unvereidigt vernommen wurde, aus Furcht nicht die Wahrheit gesagt und sein Zeugniß daher als unerheblich angesehen werden mußte. Er erklärte, wäre er unter Eid vernommen, so hätte er sagen müssen, daß Münter gestoßen habe, wie er auch heute, wenn er vereidigt werde, bekunden müsse.

Die Vernehmung der einzelnen Zeugen lag in Händen des Herrn Landgerichtsraths Hilgenbach. Sie fand nicht im Saale, sondern in einem Zimmer der Wirthschaft statt. Verschiedene Zeugen beklagten sich später darüber, daß ihnen so die Ortsangaben erschwert worden seien. Aus einer ihnen vorgelegten genauen Zeichnung des Saales, welche auch die Gruppirung der Tische und die Sitze und Stellung der Hauptpersonen angiebt, hätten sie sich nicht gut zu orientiren vermocht. Die Vernehmungen waren theilweise sehr eingehend, wenigstens ließ nach der „Rh.-West. Arbeiterztg.", die Dauer derselben darauf schließen. Staatsanwalt und Vertheidiger durften ihnen nicht beiwohnen und begaben sich bald nach Essen zurück. Herr Landgerichtsrath Hilgenbach setzte die Verhandlung allein fort. In der Wirthschaft herrschte ein lebhaftes Kommen und Gehen. Laut und eifrig wurde das Für und Wider, ob Hoffnung oder nicht, diskutirt. Die erstere Meinung war aber angesichts der vielen neuen Zeugen die fest und bestimmt erklärten, den Stoß Münters gesehen zu haben, vorwiegend. Möge sie Recht behalten. Erst spät Nachmittags fanden die Vernehmungen ihr Ende. Die „Rh.-Westf. Arbeiterztg." widerruft ihre auch von uns gebrachte Meldung, nach welcher Gensdarm Münter vom Urlaub nicht zurückgekehrt sein sollte. Die Meldung beruhe auf einem bedauerlichen Mißverständniß.

Frankfurt a. M. Bei der Beerdigung der Frau des Gewerkschafts-Vorsitzenden Trompeter kam es Sonntag Vormittags auf dem Friedhof zu erregten Auftritten zwischen der Polizei und den Theilnehmern am Begräbniß. Nachdem ein Trauerchor gesungen war, trat einer der Leidtragenden, Genosse Habicht, an das Grab und sprach: „Im Namen des sozialdemokratischen Vereins lege ich diesen Kranz auf das Grab der Genossin . . ." In diesem Augenblick forderte auch schon der überwachende Kommissär die „Versammlung" auf, „auseinanderzugehen", weil „Reden" gehalten würden trotz des Verbots und befahl einem Schutzmann, den „Redner" zu verhaften. Gleich darauf wiederholte er, mit der Uhr in der Hand, die Aufforderung, den Friedhof zu räumen. Unter dem Trauergefolge machte sich daraufhin erbitterter Unwillen geltend, namentlich die Frauen geriethen in heftigste Aufregung, einige zerrissen unter Thränen und mit empörten

Referenten der Kommission, ausgearbeiteten Entwurf wurde mit nur unwesentlichen Abänderungen genehmigt. Der Bericht ist nunmehr dem Reichskanzler zu überreichen.

Die Freisinnige Volkspartei hat im Reichstage ihren früheren Antrag, daß die verbündeten Regierungen aufgefordert werden, Diäten und Reisekosten an die Reichstags-Abgeordneten zu gewähren, wiederum eingebracht.

Die Reichstagskommission zur Vorberathung der von dem Zentrum und den Konservativen beantragten Margarinevorlage ist Sonnabend nach Schluß der Plenarsitzung gewählt worden und hat sich sofort konstituirt. Vorsitzender ist Abg. Dr. Bachem, Stellvertreter Graf Holstein. Außerdem gehören der Kommission an die Herren Dr. Kruse, Roithbarth, Schulze-Henne (natl.); Rettich, v. Plötz, v. Puttkamer-Plauth (kons.); Reichmuth (Rp.); Fusangel, v. Grand-Ry, Humann, Klose, Schmid-Immenstad (Z.); Prinz Czartoryski (Pole); Weiß, Dr. Hermes (Fr. Vp.); Benoit (Fr. Vereinig.); Wurm, Harm, Herbert (Sozd.). — Die Kommission tritt am Donnerstag, den 25. Februar, zur ersten Sitzung zusammen.

Liberale Kartellschmerzen. Die um Richter und die um Rickert können sich nicht einigen. Die mündlichen Verhandlungen zwischen der Freisinnigen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung, die am Freitag Mittag stattgefunden, haben, so schreibt die „Freisinnige Ztg.", zu einem Ergebniß nicht geführt, weil die Freisinnige Vereinigung wieder auf die in dem bekannten Schriftwechsel von der Freisinnigen Volkspartei wiederholt abgelehnte Forderung einer allgemeinen Erklärung zu Gunsten des Fraktionsbesitzstandes zurückkam. Die Freisinnige Volkspartei machte dagegen den Vorschlag, statt von oben herab durch allgemeine Erklärungen von unten herauf unter Inbetrachtnahme der einzelnen Gegenden zunächst die überwiegend vorhandene Einigkeit der Wählerschaften festzustellen und alsdann noch übrig bleibende Gegensätze in einzelnen Wahlkreisen individuell in Betracht zu ziehen. Dieser Vorschlag wurde von der Freisinnigen Vereinigung rundweg abgelehnt.

Die staatsgefährliche Papierdüte. Die Polizeiverwaltung zu Zirke in der Provinz Posen hatte einen ballonartigen Dekorationsgegenstand, der bei einer Schulfeier aus Anlaß des Geburtstages des Kaisers benutzt worden war, eingesandt mit der Bitte um Auskunft darüber, ob der Gegenstand die Nachbildung der polnischen Königskrone sei. Das corpus delicti wurde vorgezeigt und von den Anwesenden mit heiterem Gelächter besichtigt; es hat mit einer Krone auch nicht die entfernteste Aehnlichkeit.

Die Voruntersuchung gegen den Kriminal-Kommissar v. Tausch ist, wie versichert wird, noch nicht „vollständig abgeschlossen", vielmehr ist lediglich die Voruntersuchung gegen Tausch und Sigrun wegen der bekannten Quittungs-Fälschung jüngst zum Abschluß gekommen. Das Weitere wird geschrieben: Die Anklage gegen die beiden Genannten dürfte nicht auf schwere Urkundenfälschung lauten, weil das Moment der Bereicherung eines Vermögensvortheils nicht für vorliegend erachtet wird. Es würde danach für dieses dem Kriminal-Kommissar v. Tausch ebenfalls zur Last gelegte Delikt die Strafkammer zuständig sein, wenn von Tausch nicht auf Grund desselben Thatbestandes sich gleichzeitig eines Verbrechens im Amte verdächtig gemacht hätte, wegen dessen die Strafsache vor das Schwurgericht gehört. Das Verbrechen im Amte wird in Folgendem gefunden: Durch die Vernehmung der Herren vom Königl. Internirten-Bureau, insbesondere des Journalisten Kaftusch, im Kriegsministerium war die Unschuld des Herrn Kaftusch erwiesen und zugleich festgestellt worden, daß derselbe den Betrag von fünfzig Mark nicht erhalten hatte. Damit war zugleich die Unechtheit der vom Kriminal-Kommissar von Tausch dem Oberstlieutenant Gerde überreichten Quittung nachgewiesen. Von diesen Vorgängen hatte Herr v. Tausch Kenntniß erlangt; er mußte also von Amtswegen eine Untersuchung der Quittungsfälschung veranlassen. Da er dies unterlassen hat, muß wegen Verbrechens im Amte gegen ihn vorgegangen werden. In der Reinards-Sache gegen v. Tausch dauern die Erhebungen noch fort.

In Landshut ist der erste Schuß wider das Reichstagswahlrecht aus einer vermeintlichen Schießbude des Zentrums. Bei einer Besprechung der Haltung des edlen Grafen Ronn im Reichstage empfiehlt nämlich der ultramontanen „Landshuter Zeitung" das Gedenken, daß das allgemeine Wahlrecht einer Korrektur bedürfe. Dieselbe soll erfolgen durch Hinausschiebung der Altersgrenze und Festsetzung der Zahlung einer direkten Steuer als Bedingung der Wahlberechtigung. Den Sozialdemokraten werde es allerdings viel Steuern kosten. Wir sind der „Landshuter Ztg." zu Dank verpflichtet. Sie spricht offen aus, was ihre Parteigenossen bisher im Dunkeln hielt und diplomatisch verschwiegen haben. Sie entlarvt sich freundlich und zeigt der gar nicht erlauchten Menge das wahre reaktionäre Gesicht der reaktionärsten aller Parteien: des Zentrums.

Oesterreich-Ungarn.

Der Kampf der österreichischen Sozialdemokratie, den sie zum ersten Mal und unter den schwierigsten Umständen durchgeführt hat, erregt auch außerhalb Oesterreichs das lebhafteste Interesse aller Parteigenossen, das sich auch in tatsächlicher materieller Hülfe bekundet, über welche die Wiener „Arbeiter-Ztg." berichtet: „Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie hat dem Wahlfonds M. 10,000 gegeben; der Gewerkschaftsrath der Internationale Belgiens fünf 500 Frcs. gesendet und Genossen in Brüssel gesagt; die Vereine der Oesterreicher in der Schweiz und in Frankreich haben Aufrufe erlassen; ein Zweigverein der Social Democratic Federation in London hat eine Sammlung eingeleitet; die Parteiblätter Nordamerikas veröffentlichen einen Aufruf zur Unterstützung unseres Wahlfonds. Diese Beweise der internationalen Solidarität haben eine Bedeutung für die österreichische Arbeiterschaft, die weit über das Gewicht der einzelnen Summen, so sehr wir deren bedürfen, hinausgeht. Sie bringen uns zum Bewußtsein, daß wir nicht isolirt und vereinsamt sind, sondern daß wir eine Schlacht schlagen, die ein Theil jenes Wahlkampfes ist, den das international geeinigte Proletariat gegen die internationale Ausbeutersippe, gegen die Finsterlinge und Feinde aller Völker führt, daß die österreichische Sozialdemokratie heute jener Theil des Kampfheeres ist, der im heißesten Gefecht steht, und auf den darum die Augen der klassenbewußten Arbeiter aller Zungen und aller Zonen siegersehnend gerichtet sind. Die österreichischen Sozialdemokraten werden jeder einzeln und als Gesammtheit ihre ganze Kraft aufwenden, um sich der Aufgabe würdig zu zeigen, die ihnen gestellt ist."

Italien.

Die erste sozialdemokratische Gemeindeverwaltung in Italien hat das als klimatischer Kurort weltbekannte Städtchen San Remo erhalten. In der erst kurzen Zeit ihrer Amtsthätigkeit haben die sozialistischen Gemeinderäthe bereits einen schönen Erfolg erzielt. Sie haben die regelmäßige Speisung der Schulkinder auf Kosten des Gemeinwesens beschlossen, und am 16. d. M. haben die Speisungen, zunächst von 250 Schülern, ihren Anfang genommen. Die Maßregel wurde von der Bevölkerung mit Enthusiasmus begrüßt. Geschah doch endlich auch einmal etwas für das Volk, während die frühere Verwaltung nur auf die Wohlfahrt der Kurgäste und damit auf den Vortheil der Hoteliers und Grundbesitzer bedacht war.

Frankreich.

Die Ausweisung deutscher Sozialisten in der Pariser Kammer. Guesde (Sozialist) richtete am Sonnabend eine Interpellation an die Regierung über die Ausweisung von Elsäßern, welche am 6. September 1896 in Wissembach einer Versammlung beiwohnen wollten, in welcher die Deputirten des deutschen Reichstags Bueb und Bebel Rechenschaft über ihr Mandat ablegen wollten. Der Redner erinnerte daran, daß Bebel und andere deutsche Sozialisten gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen Einspruch erhoben hätten.

Der Minister des Innern, Barthou, erwiderte, die Ausweisung habe sich nur gegen Bueb und Bebel gerichtet, deren Anschluß an den Sozialismus ihre leidenschaftliche Anhänglichkeit an das deutsche Vaterland nicht ausschließe. Die deutschen Sozialisten rühmen sich offen, erst Deutsche zu sein und dann erst Sozialisten; es wäre zu wünschen, daß dasselbe in allen Ländern der Fall sei. (Beifall und Widerspruch.) Barthou erklärte weiter, er nehme die einfache Tagesordnung an, als Zeichen der Billigung des Verhaltens der Regierung, und beklagte sich über die Unterbrechungen, denen er seitens der äußersten Linken ausgesetzt gewesen sei. Die einfache Tagesordnung wurde denn auch mit 361 gegen 73 Stimmen angenommen und die Sitzung aufgehoben.

Lübeck und Nachbargebiete.

28. Februar.

Achtung! Metallarbeiter! Der Zuzug von Schlossern, Schmieden, Drehern, Klempnern, Verzinnern, Brennern und sonstigen Hülfsarbeitern nach Lübeck ist streng gänzlich fernzuhalten. — Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Das Streikkomitee ersucht, bei Zeichnung von Geldern für die streikenden Arbeiter von Thiel u. Söhne nur auf solche Sammellisten zu zeichnen, welche vom Lübecker Gewerkschaftskartell herausgegeben und mit dem Kartellstempel versehen sind.

Unzeitgemäßheit. In der letzten Nummer der „Neuen Zeit" hat der Genosse Mehring seine Ansichten über den Hamburger Streik kundgegeben. Bürgerliche Blätter glauben, daß Mehring sich in Gegensatz gestellt habe zu den in der Partei bezw. der sozialdemokratischen Fraktion über den Streik herrschenden Anschauungen. Das Aufstöbern derartiger „Gegensätze" innerhalb unserer Partei ist bekanntlich ein ebenso beliebter wie unnützer Sport taktloser Gegner, dem ernstlich Aufmerksamkeit zu widmen Thorheit wäre. Daß unser hochmächtiges Amtsblatt gelegentlich die Weisheit der maßgebenden Presse wiederkäut, kann ihm Niemand verdenken; Originalität hat man ihm noch nie zum Vorwurf machen können. Was die Sache interessant macht, ist einzig die Form, in welcher das Lübecker Intelligenzblatt die fremde Weisheit an den Mann bringt. Es schreibt nämlich durch auch:

„Im Widerspruch mit den Darstellungen in der sozialdemokratischen Zentralpresse, wonach der Hamburger Streik keine Niederlage der Sozialdemokratie bedeute, schreibt die sozialdemokratische „wissenschaftliche" Revue „Neue Zeit: (Folgt die Mehring'sche Darstellung.)

Das Wort „wissenschaftliche" wird also in Gänsefüßchen gesetzt, womit offenbar angedeutet werden soll, daß die Gelehrten von der Königstraße von den Zinnen ihrer Wissenschaft mitleidig auf die kleine „Neue Zeit" herabblicken dürfen. Die armen Tröpfe! Wenn das weise Amtsblatt in finanziellen Anstalten seiner bezahlten und freiwilligen Mitarbeiter während eines ganzen Jahres nur den zehnten Theil originaler Wissenschaft zu bieten im Stande wäre, welche in einem einzigen Leitartikel der „Neuen Zeit" enthalten ist, dann dürfte es stolz sein und vielleicht von sich sagen können, es sei wirklich eine Zeitung, ein Vertreter der sechsten Großmacht. Doch es ist bezeichnend: je mehr die geistige Impotenz mancher Leute sich jener Grenze nähert, die man das non plus ultra nennt, desto größer wird die Selbstüberhebung. Es lebe das „wissenschaftliche" Amtsblatt!

Jedem das Seine. Der „General-Anzeiger" brachte unlängst folgende Notiz in seinem lokalen Theil:

„Ein Unfall, welcher leicht schlimmere Folgen haben konnte, ereignete sich gestern Abend 7½ Uhr in der unteren Mühlenstraße. Eine ältere Frau sprang während der Fahrt vom Straßenbahnwagen, kam zu Fall und verletzte sich nicht unbedeutend am Kopfe und am Knie. Zwei edelmüthige junge Damen nahmen sich der armen Frau liebevoll an und geleiteten dieselbe nach ihrer Wohnung. Hut ab vor solchen menschenfreundlichen Personen! Nach Anfragen erzählte besagte Frau, daß sie geklingelt hätte, jedoch an keiner Haltestelle. Es ist im Publikum immer noch nicht völlig bekannt, daß nur an den Haltestellen der Wagen zu Stehen gebracht wird und nicht eindringlich genug davor zu warnen, während der Fahrt vom Wagen abzuspringen.

Diese Darstellung entspricht nicht ganz den Thatsachen. Nicht „zwei edelmüthige junge Damen" sind es gewesen, welche sich der armen Frau in ganz besonderem Maße angenommen haben, sondern ein Arbeiter war es. Er nahm die blutende Frau nach seiner Wohnung mit, wusch ihr Blut und Schmutz ab, legte ihr, so gut er es vermochte, einen Nothverband an und führte sie dann zu ihren in der Hüxstraße wohnenden Verwandten. Der „General-Anzeiger" schreibt: Hut ab vor solchen edelmüthigen jungen Damen! Ob er auch schreiben würde: Hut ab vor solchem Arbeiter? Soviel zur Steuer der Wahrheit!

Vom Lübecker Fremdenblatt-Korrespondenten. Nachstehende Notiz, die sonderbarer Weise nicht vorher in etwas milderer Form in der „Eisenb. Ztg." enthalten war, kostet der Firma Gustav Diederich u. Co. in Hamburg des Honorar für 7 Zeilen:

Lübeck. Bürgerschaftswahlen. Nachdem die Sozialdemokraten hinter verschlossenen Thüren über die Bürgerschaftswahlen berathen haben, folgt nun auch der Vaterstädtische Verein diesem Beispiele, er will im trauten Kreise seiner Mitglieder die Vorbereitungen treffen. Eine öffentliche Versammlung hat bisher nur der Bürgerrechtsverein abgehalten.

Thatsache ist, daß der hiesige sozialdemokratische Verein in seiner letzten Mitglieder-Versammlung die Betheiligung an den diesjährigen Bürgerschaftswahlen beschlossen hat. Ob die Thüren geschlossen waren, wissen wir nicht, es ist aber anzunehmen, da wir Februar haben, und das Feuerungsmaterial Geld kostet. Folgt der Vaterstädtische Verein diesem Beispiele, so befindet sich der sozialdemokratische ja in guter Gesellschaft. Daß die Sozialdemokratie, in Lübeck so gut wie anderswo, die Oeffentlichkeit nicht zu scheuen braucht und nicht scheut, brauchen wir nicht erst hervorzuheben. Wir registriren — 7 Zeilen.

Aufnahme des Pferdebestandes in Stadt und Vorstädten. Für das laufende Jahr ist vom Senat eine Vormusterung des Pferdebestandes im hiesigen Staate nach Maßgabe des Pferde-Aushebungs-Reglements vom 24. November 1886 nebst Nachträgen vom 25. Oktober 1890 und 13. März 1895 angeordnet worden. Die Vormusterung findet im Monat März statt und hat zu dem Ende vorher eine allgemeine Aufzeichnung des Pferdebestandes zu geschehen. Diese Aufzeichnung wird in der Stadt und den Vorstädten durch Schutzleute erfolgen: auf bezügliche Nachfrage sind ihnen die nöthigen Angaben über Zahl der gehaltenen Pferde, über Farbe, Abzeichen, Geschlecht und Alter jedes Pferdes zu machen. Die Pferdebesitzer werden ersucht, den nachfragenden Schutzleuten durch Entgegenkommen ihre Aufgabe thunlichst zu erleichtern und durch gewissenhafte Angaben auch ihrerseits zur späteren schnellen Erledigung des Vormusterungsgeschäftes beizutragen. Pferdebesitzer, welche bis zum 28. d. M. über ihren Pferdebestand durch Schutzleute nicht befragt worden sind, haben dies bei der nächsten Polizeiwache unverzüglich anzumelden. Die Termine für die Vormusterung und die Musterungsplätze werden demnächst öffentlich bekannt gemacht werden. Solcher Bekanntmachung entsprechend haben die Pferdebesitzer ihre Pferde ohne besondere Aufforderung zur Musterung vorzuführen.

Handelsregister. Am 19. Februar 1897 ist eingetragen: auf Blatt 1976 die Firma „J. Siemers". Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: J. Fr. Chr. Siemers, Krämer zu Lübeck.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmannes Otto Bruhns in Lübeck ist, nachdem die Schlußvertheilung erfolgt ist, aufgehoben.

Ausgabe von Postwerthzeichen auf den Bahnhöfen. Bisher konnte das reisende Publikum auf Bahnhöfen selbst in den dringendsten Fällen keine Postwerthzeichen erhalten. Das Reichspostamt hat jetzt eine Verfügung erlassen, welche allen dienstthuenden Postassistenten zur Pflicht macht, auf allen Bahnhöfen der preußischen Staatseisenbahnen auf Verlangen Briefmarken, Postanweisungen, Postkarten u. s. w. an die Reisenden zu verkaufen.

Germanischer Lloyd. Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 8. bis 15. Februar 1897 folgende Seeschäden gemeldet worden: Totalverluste 30, davon 11 Dampfer und 19 Segelschiffe, 171 Beschädigungen, davon 121 Dampfer und 50 Segelschiffe, zusammen 201.

Das Plombiren kariöser Zähne fällt nach einer Entscheidung der 16. Zivilkammer des Landgerichts Berlin I unter den Begriff der ärztlichen Behandlung, die die Ortskrankenkassen auf Grund des § 6 des Krankenversicherungsgesetzes ihren Mitgliedern zu gewähren haben, sobald die Nothwendigkeit des Plombirens zur Beseitigung einer wirklichen Krankheit ärztlicherseits festgestellt ist. Daß den Berliner Ortskrankenkassen mit ihrer bedeutenden Mitgliederzahl bei der großen Verbreitung der genannten Zahnkrankheit erhebliche Kosten entstehen, ist nicht zu verkennen.

Selbstverständlich — so heißt es in der Entscheidung — wird bei dem Plombiren nur das billigste Füllungsmaterial zu verwenden sein, denn es hat nicht im Sinne des Gesetzes gelegen, den Gemeinden und den Krankenkassen kostspielige und unerschwingliche Leistungen aufzuerlegen. Ein Anspruch auf eine Goldplombe zum Beispiel, deren Werth die Kosten der zu leistenden ärztlichen Thätigkeit erheblich überschreiten würde, besteht für die Versicherten jedenfalls nicht.

Die Fensterrahmenfabriken und das Glaserhandwerk. Noch auf Grund der vorletzten deutschen Gewerbezählung konnte der Irrthum aufkommen, als ob die Glaserei ein Gewerbe wäre, das dem fabrikmäßigen Großbetrieb durchaus verschlossen sei. Langsam, aber um so sicherer haben sich die Fensterrahmenfabriken Terrain erworben und nunmehr liegt die Sache so, daß die Glasermeister sich entschließen müssen, mit jenen Fabriken sich zu einigen, das heißt, die fertigen Rahmen aus der Fabrik zu beziehen. Freilich, dabei bleibt die Entwickelung nicht stehen. In den Glaserkreisen Hannovers wird lebhaft darüber geklagt, daß diese Fabriken die ihre Waaren in Skandinavien herstellen lassen, bestrebt sind, unter Umgehung der selbstständigen Glasermeister direkt an die Bauunternehmer heranzukommen und das Einsetzen der Scheiben und das Anbringen der Fensterrahmen ohne den Handwerksmeister besorgen wollen. Was man in hannöverschen Handwerkskreisen als eine betrübende Neuerung empfindet, das kannte man in großen Städten schon längere Zeit. Im Londoner Baugewerbe gelangten schon seit Jahrzehnten Fensterrahmen zur Verwendung, die aus Skandinavien eingeführt und dort in fabrikmäßigen Großbetrieben hergestellt wurden. Auch in Deutschland bestehen schon solche Fabriken, die der handwerksmäßigen Glaserei ohne Gnade das Lebenslicht ausblasen. Dr. Sinzheimer beschreibt in seiner Schrift den Großbetrieb eine solche Fabrik in Ludwigshafen die 150 Arbeiter beschäftigt. In einem Jahre werden dort 12,000 Fenster hergestellt, und zwar beginnt die Produktion mit der Verarbeitung der Baumstämme in einem eigenen Sägewerk. Gerade die Thatsache, daß die Fensterrahmenfabriken in einem so frühen Stadium mit der Produktion beginnen, ist als eine Hauptquelle der Billigkeit ihrer Erzeugnisse und der Schnelligkeit, mit der sie arbeiten, anzusehen. Dazu kommt noch in Betracht die Beschleunigung des Produktionsprozesses infolge der Leistungsfähigkeit der Maschinen, die die gesägten Bretter in Rahmen verwandeln. Eine solche Fabrik vermag leicht in vier Tagen 200 Fensterrahmen herzustellen; ihre Produktionsfähigkeit drängt naturgemäß zu einer Ausdehnung des Absatzgebietes, d. i. zu einer Verdrängung der Glasermeister. Wo sich diese Konkurrenz noch nicht bemerkbar gemacht hat, da wird sie nicht mehr lange auf sich warten lassen, um so weniger, als diese Fensterrahmenfabriken bisher glänzende Geschäfte gemacht haben.

Der dreißigjährige Monteur Wulf aus Lübeck erhielt, wie sich das „Berliner Tageblatt" aus Frankfurt a. M. melden läßt, als er auf dem Gerüst mit einer Schwachstromfreileitung beschäftigt war, von dieser einen Schlag, fiel auf die Straße und brach das Genick. Die Richtigkeit der Meldung müssen wir dem „B. T." überlassen.

Hamburg. Die Sitzung der Senatskommission, die sich mit der Untersuchung der Arbeitsverhältnisse im Hafen beschäftigte, dauerte am Sonnabend vier Stunden. Die Kommission vernahm vier Stauerdelegirte und vier Schauerleute über die einschlägigen Verhältnisse, wobei es sich nicht um Unterhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern handelte, sondern um Auskünfte behufs Gewinnung einer entsprechenden Unterlage für eine richtige Beurtheilung der Arbeitsverhältnisse. Die Delegirten der Schauerleute berichteten Sonntag in der Versammlung über die Vorgänge. Am Montag fand eine zweite Sitzung statt. In Folge des Thauwetters hat sich die Hafenarbeit gebessert. Der Hafen ist nahezu eisfrei. — Das letzte Wohnschiff der Arbeitswilligen, der Postdampfer „Reichstag" wurde Sonnabend von 150 Personen geräumt. Die betreffenden Arbeiter verließen größtentheils Hamburg.

Hamburg. Eine Haussuchung fand Montag Morgen in den Geschäftsräumen der Buchdruckerei von Auer u. Co., in der Privatwohnung des Geschäftsführers Bérard und in der des früheren Quaiarbeiters Landahl statt. Gesucht wurde nach dem Manuskript des kürzlich verbreiteten Flugblattes, als dessen Verleger Landahl gezeichnet hat, ferner nach etwa noch vorhandenen Exemplaren des Flugblattes, sowie nach den Platten und Formen. Der Liebe Müh' war, wie gewöhnlich, umsonst. Welchen strafbaren Inhalt das scharfe Auge des Staatsanwalts in dem Inhalt des Flugblattes entdeckt haben will, ist nicht bekannt.

Hamburg. In Ottensen wurden in der Nacht zum Sonnabend die Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt von H. Bauermeister und die Ottensensche Marzipanfabrik von Wieselmann u. Schlutor, beide in einem Gebäude gelegen, ein Raub der Flammen. Der Schaden ist bedeutend. Verlust an Menschenleben ist nicht vorgekommen.

Harburg. Zur Behandlung der Preßsünder im Gefängniß. Unser Genosse Redakteur Kauffmann vom „Volksblatt" hatte wegen seiner Behandlung im Gefängniß in Hameln durch den Rechtsanwalt Dr. Suse in Hamburg beim Justizminister Beschwerde führen lassen. Darauf ist vom Minister des Innern, dem die Beschwerde zur Erledigung überwiesen wurde, nachfolgendes Schreiben eingetroffen:

Abschrift.

„Minister des Innern.

Berlin, den 17. Februar 1897.

Auf Ihre an den Herrn Justizminister gerichtete und von diesem mir mitgetheilte Eingabe vom 9 Dezember v. J., betreffend die Behandlung des Redakteurs Kauffmann in den Gefängnissen zu Stade und Hameln, erwidere ich Ihnen, soweit das Letztere in Frage kommt, ergebenst Folgendes: 1) Das Verschneiden der Haare und des Bartes ist aus Gründen der Reinlichkeit auch für die Gefängnißgefangenen vorgeschrieben. 2) Bei der Beschäftigung der Gefängnißsträflinge wird die gesetzlich vorgeschriebene Rücksicht auf ihre Fähigkeiten und Verhältnisse genommen. Den Redakteur Kauffmann mit schriftlichen Arbeiten für die Verwaltung zu beschäftigen, war nicht angängig, weil solche Arbeit nicht ausreichend vorhanden war. Ihn durch einen Verlagshändler mit Anfertigung belletristischer und wissenschaftlicher Arbeiten zu beschäftigen, wäre mit der Ordnung in der Anstalt nicht wohl vereinbar gewesen. Die dem pp. Kauffmann zugewiesene Arbeit des Flechtens von Stuhlsitzen ist mit Rücksicht auf seine persönlichen Verhältnisse und Fähigkeiten gewählt worden; sie ist reinlich, leicht zu erlernen und erfordert einen großen Kräfteaufwand nicht. 3) Die Annahme, daß das Gefängniß in Hameln ein Zuchthaus sei, ist nicht zutreffend; es werden dort nur zu Gefängnißstrafe Verurtheilte verwahrt.

Im Auftrage (gez.) Haase."

So, nun weiß unser verehrter Freund Kauffmann endlich, woran er ist; er ist an die höhere Reinlichkeit gewöhnt worden und hat die Genugthuung, zu erfahren, daß er nicht nur zur Verübung von Preßvergehen, sondern auch zur Ergründung der Geheimnisse der Rohrstuhlflechtkunst ganz besonders veranlagt ist. Etwas anders scheint sein Kollege Thiel geartet zu sein. Bei seinem letzten Aufenthalt in der Preßsünderbewahranstalt hat man ihm das Flechten von Rohrstühlen nicht anvertraut. Ob er trotz seiner respektablen Körperlänge in den Verdacht gerathen ist, nur einen minder großen Kräfteaufwand ertragen zu können, bleibt dahingestellt. Das „Volksblatt" berichtet:

Nach seiner Entlassung aus dem hiesigen Gefängniß am Sonnabend Abend hat Genosse Thiel die Redaktionsarbeit heute wieder übernommen. Erwähnenswerth scheint uns die Thatsache, daß Thiel im Gefängniß zunächst mit Wergzupfen beschäftigt wurde, obwohl seine Arbeitskraft sofort zur Anfertigung schriftlicher Arbeiten nichtpolitischen Charakters vom Verlag des „Volksblatt" gekauft worden war. Erst für die letzten zweieinhalb Tage seiner Haft wurde dem in Isolirhaft befindlichen Preßsünder Schreibmaterial eingehändigt. Man sieht, die „schärfere Tonart" gegen sozialdemokratische Redakteure wird ganz allgemein praktizirt.

Stuhlflechten, Wergzupfen, Bürstenmachen, Kaffeebohnenlesen. Alles kann das sozialdemokratische Schreibvolk, zu Allem zeigt sich bei ihm die natürliche Veranlagung. Dem „Zukunftsstaat" wird es an Leuten, so in jeglicher Hantirung geschickt sind, nicht fehlen. Wir sind doch recht vielseitige Menschen!

Fürstenberg (Strelitz). Ein mecklenburgisches Fuchsmühl. „Sie sollen auch mit unseres Voigtes Vorwissen und Wissen auf die Neuen Stünen und in Buchhorn bis an des Abtes zu Himmelpfort Grenzen Bau- und Feuerholz, dafern wir dessen zu benöthigten Bau und Feuerung bei Unserem Amte Fürstenberg nicht selbst benöthigt, nach ziemlicher Nothdurft frei haben; desgleichen auch das dröge Lagerholz im Behege . . ."

So hatte es in einem Privilegium der Stadt Fürstenberg in Mecklenburg-Strelitz vom Jahre 1568 geheißen. Und 330 Jahre lang hatten die Einwohner von Fürstenberg nun das Recht, Bauholz, trockenes Fallholz und Streu aus dem großherzoglichen Walde zu holen. Das Bauholz bekamen die Hauseigenthümer, auf trockenes Sammelholz zum Brennen und Streu waren die Arbeiter und die sonstige ärmere Bevölkerung angewiesen; denn Fürstenberg ist ein kleines Städtchen von 2½ Tausend Einwohner, die vielfach im Betreiben von etwas Landwirthschaft und dem Halten von etwas Vieh ihren Erwerb oder doch einen nothwendigen Nebenerwerb finden. Der großherzoglichen Kammer paßte nun dieses Recht der Fürstenberger ganz und gar nicht und mehrfach machte sie es streitig, immer aber wurde es auf dem Klagewege wieder zurückerobert.

Nun soll es anders werden. Der Magistrat der Stadt Fürstenberg hat sich breitschlagen lassen und hat mit der großherzoglichen Kammer einen Vertrag abgeschlossen, nach dem die Rechte der Fürstenberger gänzlich preisgegeben werden, wogegen der Stadt einige Morgen Landes und einige kleine Seen zu eigen abgetreten werden. Für die städtische Vermögensverwaltung mag ein solcher Zuwachs ja ganz angenehm sein, die Einwohner aber und namentlich die ärmeren sind bei diesem Geschäft die Leidtragenden, um deren Interessen man sich nicht weiter gekümmert hat. So züchtet man Affären wie die Fuchsmühler traurigen Angedenkens und — Sozialdemokraten.

Ein Genosse in Fürstenberg, der über diese Vorgänge berichtet, schreibt, die nächstjährige Reichstagswahl würde die Antwort auf diese Handelsgeschäfte liefern.

Uebrigens scheint uns ein neues Beschreiten des Klagewegs keineswegs aussichtslos zu sein. Denn in dem erwähnten Vertrag lautet ein Artikel:

„Für den Fall, daß einzelne Fürstenberger Einwohner sich durch den in Art. 1 enthaltenen Verzicht der Stadt nicht auch für ihre Person gebunden halten, sondern die aufgegebenen Ansprüche als ihre privaten Rechte geltend machen und mit einer bezüglichen Klage rechtskräftig gegen die großherzogliche Kammer obsiegen sollten, verpflichtet sich die Stadt Fürstenberg bezüglich des erstrittenen Anspruchs in allen Stücken für die Kammer einzutreten resp. derselben für Schaden und Kosten vollen Ersatz zu gewähren."

Ein obsiegendes Urtheil für klagende Fürstenberger Einwohner scheint deshalb selbst vorausgesetzt zu werden, und die geschädigten Leute wollen nicht zögern, den Magistrat regreßpflichtig zu machen und sich ihren Schaden ersetzen zu lassen.

Oldenburg. Der Landtag nahm Sonnabend auch das neue Schulgesetz für Birkenfeld und Fürstenthum Lübeck an und bewilligte 110 000 Mark als Grunderwerbskosten für die Eisenbahn Lohne-Hesepe. Der Bau dieser Strecke ist deshalb gesichert.

Neueste Nachrichten.

Berlin. In der Sitzung des Nautischen Vereins am Montag machte Geheimrath Donner die Mittheilung vom Untergange der „Elbe", die die Schuld des Steuermannes und des Ausguckmannes der „Crathie", mit der die „Elbe" kollidirte, außer allen Zweifel stellt. Donner erhielt von dem Coroner in Sussex, der seiner Zeit die Untersuchung leitete, einen Brief mit der Mittheilung, dem Coroner sei gemeldet, daß der Matrose, der damals am Ruder der „Crathie" stand, nunmehr sich in Amerika aufhalte, und dort, weil er sich außer Schußlinie befinde, die volle Wahrheit eingestand, daß nämlich thatsächlich der Steuermann und der Ausguckmann ihren Posten verließen und Beide in die Kambüse gingen, sodaß bei dem Zusammenstoß mit der „Elbe" die „Crathie" führerlos gewesen ist.

Essen. Lokaltermin in Sachen Schröder und Genossen. Um 9½ Uhr erschienen am Sonnabend Morgen in Baukau die Gerichtsbeamten, die Herren Landgerichtsdirektor Jerusalem, Landgerichtsrath Hilgenbach, Landrichter Fuchs, Gerichtsschreiber Neuhöfer aus Essen; auch der Staatsanwalt Mantell und der Vertheidiger der Verurtheilten, Herr Rechtsanwalt Dr. Niemeyer-Essen hatten sich eingefunden. Sofort wurden die etwa 18—20 Zeugen in den Saal gerufen, vor den sich eine ganze Anzahl Neugieriger und Theilnehmender versammelt hatte. Auch die Presse war zahlreich vertreten. Dortmund, Essen und Bochum hatten Berichterstatter entsandt.

Im Saal mußten die Zeugen die Plätze einnehmen, die sie ihrer Erinnerung nach in der Versammlung vom 3. Februar 1895 inne gehabt hatten. Die Tische wurden so gestellt, daß sie die damalige Situation wiedergaben.

Unter den Zeugen wurde ein Soldat bemerkt, der aus Köln herbeizitirt war. Er hat als Bergmann die Versammlung mitgemacht. Wichtiges wird er nicht haben bekunden können, denn er erzählte, daß er sich im Moment, da Schröders Fall erfolgte, umgedreht und so nicht gesehen habe, ob Münter gestoßen oder nicht. Doch sind unter den geladenen Zeugen mehrere, die diesen Stoß genau gesehen zu haben erklären. Sie sind meist noch nicht in dem früheren Prozesse vernommen worden, sondern von der Vertheidigung erst neuerdings aufgefunden worden. Viele Augenzeugen haben seinerzeit aus Furcht vor bösen Folgen sich nicht gemeldet. Als typisch hierfür mag folgender Fall gelten: Einer der jetzt geladenen Zeugen hatte seinem Schwager gesagt, er habe den Stoß Münters sehr wohl gesehen, doch werde er sich der Sache fernhalten, die schon so viele unglücklich gemacht. Durch den Schwager wurde die Aeußerung bekannt und so die Ladung des Aengstlichen ermöglicht. Er erklärte, jetzt unter Eid seine Aeußerung unbedingt aufrecht erhalten zu müssen. Ein anderer Zeuge ist zur Essener Hauptverhandlung seinerzeit nicht geladen worden, weil er im Vorverfahren, wo er unvereidigt vernommen wurde, aus Furcht nicht die Wahrheit gesagt und sein Zeugniß daher als unerheblich angesehen werden mußte. Er erklärte, wäre er unter Eid vernommen, so hätte er sagen müssen, daß Münter gestoßen habe, wie er auch heute, wenn er vereidigt werde, bekunden müsse.

Die Vernehmung der einzelnen Zeugen lag in Händen des Herrn Landgerichtsraths Hilgenbach. Sie fand nicht im Saale, sondern in einem Zimmer der Wirthschaft statt. Verschiedene Zeugen beklagten sich später darüber, daß ihnen so die Ortsangaben erschwert worden seien. Aus einer ihnen vorgelegten genauen Zeichnung des Saales, welche auch die Gruppirung der Tische und die Sitze und Stellung der Hauptpersonen angiebt, hätten sie sich nicht gut zu orientiren vermocht. Die Vernehmungen waren theilweise sehr eingehend, wenigstens ließ nach der „Rh.-West. Arbeiterztg.", die Dauer derselben darauf schließen. Staatsanwalt und Vertheidiger durften ihnen nicht beiwohnen und begaben sich bald nach Essen zurück. Herr Landgerichtsrath Hilgenbach setzte die Verhandlung allein fort. In der Wirthschaft herrschte ein lebhaftes Kommen und Gehen. Laut und eifrig wurde das Für und Wider, ob Hoffnung oder nicht, diskutirt. Die erstere Meinung war aber angesichts der vielen neuen Zeugen die fest und bestimmt erklärten, den Stoß Münters gesehen zu haben, vorwiegend. Möge sie Recht behalten. Erst spät Nachmittags fanden die Vernehmungen ihr Ende. Die „Rh.-Westf. Arbeiterztg." widerruft ihre auch von uns gebrachte Meldung, nach welcher Gensdarm Münter vom Urlaub nicht zurückgekehrt sein sollte. Die Meldung beruhe auf einem bedauerlichen Mißverständniß.

Frankfurt a. M. Bei der Beerdigung der Frau des Gewerkschafts-Vorsitzenden Trompeter kam es Sonntag Vormittags auf dem Friedhof zu erregten Auftritten zwischen der Polizei und den Theilnehmern am Begräbniß. Nachdem ein Trauerchor gesungen war, trat einer der Leidtragenden, Genosse Habicht, an das Grab und sprach: „Im Namen des sozialdemokratischen Vereins lege ich diesen Kranz auf das Grab der Genossin . . ." In diesem Augenblick forderte auch schon der überwachende Kommissär die „Versammlung" auf, „auseinanderzugehen", weil „Reden" gehalten würden trotz des Verbots und befahl einem Schutzmann, den „Redner" zu verhaften. Gleich darauf wiederholte er, mit der Uhr in der Hand, die Aufforderung, den Friedhof zu räumen. Unter dem Trauergefolge machte sich daraufhin erbitterter Unwillen geltend, namentlich die Frauen geriethen in heftigste Aufregung, einige zerrissen unter Thränen und mit empörten

Bemerkungen ihre Blumenspenden. Habicht wurde inzwischen wieder freigegeben. Langsam wich die Menge den drängenden Polizeimannschaften und es hätte nicht viel gefehlt, so wäre eine Wiederholung früherer trauriger Friedhofsvorgänge erfolgt.

Kanea. Die ersten Schüsse. Am Sonntag haben drei englische, ein italienisches, ein russisches Schiff und die deutsche „Auguste Victoria", die endlich vor Kreta angekommen ist, zusammen siebzig Schüsse auf das Lager der aufständigen Kreter bei Kanea abgegeben. Frankreich und Oesterreich betheiligten sich nicht an dem Bombardement. Kreta hat eine bewohnbare Ortschaft weniger. Der Schaden läßt sich zwar noch nicht übersehen; genützt hat das Bombardement keinesfalls. Es hat nur den Haß der Kreter gegen die Türken geschärft, und die Türken, die außerhalb des Bereichs der europäischen Kanonen wohnen, werden die Zeche bezahlen. So tragen die Mandatare Europas zur Verschärfung der Gegensätze bei, und die „Friedensaktion für den Frieden" trägt blutige Früchte. Die siebzig Schüsse vor Kanea haben der kretischen Frage eine neue Wendung gegeben. Europa ist in eine Richtung getrieben worden, die zu großen Verwirrungen führt. Die Mächte spielen mit dem Feuer. Mögen sie zusehen, daß sie sich nicht versengen.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 22. Februar.

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 1970 Stück, davon vom Norden — Stück vom Süden — Stück. Preise: Versandtschweine schwere 50—52 Mk., leichte 47—49 Mk., Sauen 42—46 Mk. und Ferkel 43—47 Mk. pr. 100 Pfd.

Gerichtliche Zwangsversteigerungen:

im Gerichtshause, Zimmer 20,
Donnerstags 12 Uhr.

Grundstück.	Eigenthümer.	Einsatz Mk.	Termin.
Sedanstraße 17 a	Siemers	7000	4. März
Handestraße 33	Bogaske	11 640	4. „
Kastorpstraße 5	Rehien	8050	11. „
Travemünde,			
Thorstraße 42	Ebel	17000*	11. „
Teichstraße 8 a	Borchholdt	3700*	11. „
Mittelstraße 7 a	Vollert	2300*	11. „
Kl. Kiesau 8	Scharfenberg	2990	11. „
Hüxtertthor-Allee 31	Schumacher	106,50 jhrl. Grdh.	11. „
Hansastraße 23	Cobober	12000	18. „
Krähenstraße 29	Kietzmann	7800	18. „
Schwartauer Allee 88	Hesti und Lenschow	7000	18. „
„ „ 88a	Dieselben	7000	18. „
Tramm	Bartels	13490†	18. „

* und Grundhauer.
† nebst Abgabe und Altentheil.

Quittung.

Für die ausständigen Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Thiel u. Söhne, hier, sind bei der Expedition des Volksboten eingegangen:

Von mehreren Arbeitern aus Geesthacht und Umgegend durch Auer u. Co., Hamburg . . . . 5,30 Mk.

Weitere Gelder nimmt gern entgegen

Die Expedition.
Johannisstraße 50.

Angekommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angekommen:

Montag, den 22. Februar.

Nachmittags.

1,20 D. Aegir, Sjöman, von Haugö in 73 St.

Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr V.: WNW., frisch. — 6,18 m.

Schiffsbewegung in der Ostsee.

D. Halland ist am 21. Febr. in Kopenhagen eingetroffen.
D. Lübeck ist in Kopenhagen angekommen.
D. Castor ist am 22. Februar von Rotterdam auf hier abgegangen.
D. Halland ist am 22. Febr. (durch Nebel verhindert) in Malmö eingetroffen.
D. Elita ist in Libau angekommen.
D. Rußland ist in Libau angekommen.
D. Elbe, Krellenberg, bei Surop mit Eisbrecher langsam auf Reval avancirend.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Heute Mittag wurde uns ein **kräftiger Junge** geboren.

F. L. Paetau und Frau,
Johanna, geb. Schwartz.

Fackenburg, den 22. Februar 1897.

Ernst Emmerich soll leben recht hoch auf das Beß' zu seinem heutigen Wiegenfest, daß schwankt und dankt die Fischergrube! Dies wünschen die Freunde der Sebberg-Grölstube.

De Frau'ns, de ihr **Diestel** nennt,
Und in de Kohlstorf mahnt,
Sünd hiermit fründlich gratulert
To ehren Namensdag.
De junge wie de olle fehlt
Ehr Sorg und Mäh vergahnen.
Drum lat uns hüt mal lustig sin
Un lat uns ju mal drinken

Zu vermiethen ein Logis nach vorne.
Hüxstraße 80.

Sehr billig zu vermiethen oder zu verkaufen **ein feiner dotter Damen-Masken-Anzug.**
Dankwartsgrube 3. 1. Et., l.

Zu verm. zum 1. Juli eine Wohnung
von 3 Zimmern. Wasser mit Ausguß u. Zubehör.
Mengstraße 17.

Gesucht zum 1. April eine Wohnung
im Preise von 120—130 Mk.
Gefl. unter **W B** an die Exp. d. Bl. erbeten.

Suche zu Ostern **einen Lehrling.**
J. Kloth, Bildhauer, Stockelsdorf bei Schlutup.

Eine Frau sucht Arbeit zum Putzen und Reinmachen oder in anderen häuslichen Arbeiten.
Näheres in der Expedition d. Bl.

Verloren am Sonnabend Abend 1 **Pelzkragen.**
Abzugeben Fundstraße 78. 1. Et.

Sämmtliche Wäsche
wird gewaschen und geplättet
Kleiner Bruhof 4.

Brennsprit, Polirsprit
über 92 %, Brinkasche 25 Pfg.
Ludw. Hartwig, Wertstraße.

Sämmtliche noch vorhandenen Reste
sollen zu jedem nur annehmbaren Preise verkauft werden.
Schluß des Ausverkaufs:
Freitag, den 26. d. Mts.
L. Duve,
32 Große Burgstraße 32.

Die Schweinschlachterei
von
W. Strohfeldt
73 Glockengießerstraße 73
empfiehlt:

Frische Fleischwurst, Pfd.	1 Mk.
Schweinefleisch . .	Pfd. 50 Pf.
Kochwurst . . .	Pfd. 60 Pf.
Speckfleisch . . .	Pfd. 50 Pf.
Prima Schmalz . .	Pfd. 60 Pf.
Braten-Schmalz . .	Pfd. 30 Pf.
Kopf und Füße . .	Pfd. 25 Pf.
Geräucherter Speck	Pfd. 60 Pf.
Gekochte Mettwurst	Pfd. 60 Pf.
Geräuch. Mettwurst	Pfd. 70 Pf.

Zur Ergänzung der Bibliotheken empfehlen wir allen Vereinen und Gewerkschaften unsere reichhaltige Auswahl von wissenschaftlich-belehrenden und unterhaltenden Werken. Unter Anderem heben wir hervor, daß sämmtliche bis jetzt erschienenen Bände der **Internationalen Bibliothek I. und II. Serie** auch einzeln abgegeben werden; ferner, daß das neue, soviel Interesse erweckende Werk:

Die
Norwegische Polar-Expedition 1893–96
von
Frithjof Nansen

in 36 Lieferungen à 50 Pfg., sowie **Die allgemeine Länderkunde der fünf Erdtheile** mit vielen Karten und Abbildungen in Holzschnitt und Farbendruck in 10 bis 14 Lieferungen à 1 Mk. durch uns zu beziehen sind.

An Romanen ꝛc. empfehlen wir: **Fritz Reuter's sämmtl. Werke** in ganzen Bänden als auch in Heften à 40 Pfg.; ferner **E. Zola's Romane** Serie in Bänden und in Heften, und vieles Andere mehr.

Friedr. Meyer & Co., Buchhandlung,
Johannisstraße 50.

Eine Welt- und Lebensanschauung
für das Volk,
mit besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen.
Von
J. G. Vogt.
— Zweite Auflage. —
3 Bände zusammen 83 Lieferungen.
Erscheint in wöchentlichen Lieferungen à 10 Pfg.

Dieses einzig in seiner Art dastehende, erschütternde Werk könnte man mit Fug und Recht auch das Hohelied der Arbeit nennen. In ihm ist zum ersten Male die Arbeit in ihrem inneren Wesen, in ihrer Kulturbedeutung einerseits, aber auch in ihrer Nachtseite andererseits bloßgelegt. Die brennendsten Lebensfragen des Arbeiters sind hier vom allumfassenden wirthschaftlichen, sozialen und politischen Gesichtspunkten beleuchtet und in logischen Zusammenhang mit dem ganzen Menschheitsgängeriche gebracht. Es ist eine Weltanschauung für den Arbeiter im weitesten Sinne des Wortes, es giebt dem Werte seiner Persönlichkeit, seinem Klassenbewußtsein die festeste Stütze, es bildet einen Untergrund, auf dem er, geistig und sittlich gestärkt, eine von allen quälenden Zweifeln gereinigte Begeisterung aufzubauen vermag. Alles Wissen, dessen er für das praktische Leben, wie für die Beurteilung aller wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse bedarf, findet er in diesem unschätzbaren Werke vereinigt.

Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.
Alle Austräger nehmen Bestellungen entgegen!

Fritz Reuter's Werke

sind, um es Jedem möglich zu machen, dieselben sich anzuschaffen, in **Heften à 40 Pfg.** erschienen und zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Verlag des Lübecker Volksbote.
Johannisstraße 50.

Klein-Verkauf
von
Spirituosen
aller Art empfiehlt
Ad. Jührs,
Schwartauer Allee 33, Ecke Reiferstraße.

Werftarbeiterverband

Mittwoch den 24. Februar
Abends 8½ Uhr
Ausserordentliche
General-Versammlung
bei Spahrmann, Hundestrasse 101.

Das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder ist dringend nothwendig.

Der Vorstand.

Mitglieder-Versammlung
der
Schauerleute
am Mittwoch den 24. Februar im Vereinshaus.

Tages-Ordnung.
1. Fragekasten.
2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Quartett-Verein „Amicitia".
Maskenball
am Fastnachtmontag den 1. März im Colosseum.

Anfang 7 Uhr.
Oeffnung für Zuschauer 6 Uhr.
Oeffnung für Masken 7 Uhr.
Eingang: Privathaus.
Maskenzug 8 Uhr.

Karten sind zu haben: **Steen,** Reiferstr. 42, **Voss,** Kl. Altefähre 7, **Schreiber,** Holstenstr. 32, **Hese,** Wahmstr. 72, **Rätze,** Fischergrube 12, **Dunz,** Hartengrube 39, **Hein,** Schwönekenquerstraße 24.

NB. Kindern und Pierrots ist der Zutritt nicht gestattet.

Maskengarderobe des **H. Vitense** daselbst.

Der Vorstand.

Täglich:
Große Künstler-Vorstellungen.
Theater Variété
Tonhalle.
Riesiger Lacherfolg!
Bier à Glas 15 Pfg.

Stadttheater in Lübeck.
Mittwoch den 24. Februar.
89. Abonnem.-Vorst. 5. Abthlg.: Gelb.
(Die 88. Abonnem.-Vorst. 4. Abthlg. Blau findet Freitag den 26. statt.)
Anfang 7 Uhr. **Opernpreise.**
Vorletztes Gastspiel von
Frl. Paula Tagliani.
Zum vorletzten Male.
Phantasien im Bremer Rathskeller.
Vorher:
Das Heimchen am Herd
Oper in 3 Aufzügen von Goldmark.
Vorletzte Aufführung von Phantasien.

Verantwortlicher Redakteur: August Rasch. Verlag: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämmtlich in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 46. Mittwoch, den 24. Februar 1897. 4. Jahrgang.

Arbeiter und Beamte.

Was die Lohnarbeiter unter heißen Kämpfen Schritt um Schritt erst erringen müssen, auskömmlichen Lohn, abgekürzte Arbeitszeit usw. ist den Beamten, wenigstens der höheren Kategorien, längst zu Theil geworden. In der Festsetzung ihrer Löhne, im Unterschied von den proletarischen Gehälter oder Besoldungen genannt, gilt das Prinzip, ihnen ein „standesgemäßes" Einkommen zu gewähren. Daher werden die Gehälter nicht nach der Schwere und Strenge des Dienstes bemessen, sondern je höher die Rangstufe, desto besser die Bezahlung. Der Maximalarbeitstag ist eingeführt, und zwar wenigstens der Achtstundentag, indem die „Kanzleistunden" acht Stunden nicht übersteigen, wohl aber vielfach noch kürzer bemessen sind.

Eine Parallele zu ziehen zwischen Beamten und Lohnarbeitern liegt nahe, der gesunde Menschenverstand sagt: Was den Beamten recht, ist den Arbeitern billig. Aber der gesunde Menschenverstand spielt im kapitalistischen Klassenstaat die Rolle des Predigers in der Wüste, und wenn er dem Interesse der herrschenden Klasse in die Quere kommt, kriegt er eins aufs Dach.

Das hat kürzlich auch der bekannte Berliner Professor Adolf Wagner erfahren. Der Mann ist seines Zeichens evangelisch-sozial, also nichts weniger als ein Umstürzler, er ist sogar konservativ, freilich nicht in der ultrareaktionären Bedeutung der Stockjunkerei.

Auf dem Delegirtentrag der christlichen Bergarbeitervereine Deutschlands, der kürzlich in Bochum abgehalten wurde, hat der Professor in seinem Vortrag unter Anderem den Satz aufgestellt, der Arbeitslohn müsse sich nach der Bedeutung des Werthes richten, den die jeweilige Arbeit für das Gemeinwesen hat, wie dies bei den Beamtengehältern, die der Staat und die Gemeinde zahlen, der Fall sei. Darüber ist das rheinische Groß Kapitalistenblatt (das nebenbei in Sachen des Hafenarbeiterstreiks mit dem Hamburger Bismarckreptil am gleichen Strang zog), die „Kölnische Zeitung", ganz aus dem Häuschen gerathen und hat sich beeilt, ihren Bannstrahl auf das Haupt des unglücklichen Professors zu schleudern und ihn zu denunziren, daß er mit einer irreführenden Behauptung die Begehrlichkeit der Bergleute gereizt habe, die in ihrer Christlichkeit so bescheiden und mäßig in ihren Wünschen waren. Man beachte, mit welch schmunzelndem Wohlgefallen das sonst so unchristliche Blatt dem Christenthum dieser von den Hitze und Weber geleithammelten Bergarbeiter auf die Schulter klopft. Ja, soweit das Christenthum dazu benutzt wird, die Arbeiterbewegung zu zügeln, macht auch die „Kölnische" ihre Verbeugung vor ihm; wird es aber als ein Zügel der kapitalistischen Profitwuth gebraucht, dann wird sie rebellisch und stellt sich auf die Hinterbeine.

Wie unglücklich das Blatt über diesen Passus der Wagnerschen Rede ist, zeigt eine Randnote, worin es sich beklagt, daß die Blätter den abschwächenden Nachsatz fortgelassen haben, woraus es folgert, daß derselbe auch in der Auffassung der Zuhörer ganz verloren gegangen sei und diese aus der einschlägigen Ausführung nur das mit nach Hause genommen haben, daß sie nach ähnlichen Grundsätzen behandelt zu werden verdienen, wie Richter und andere Staatsbeamte! — Schrecklich!

Die Ketzerei darf natürlich nicht unwiderlegt bleiben und die Art, wie das von der „Kölnischen Zeitung" geschieht, ist äußerst pikant und giebt einen Begriff ebenso von der ehrlichen Denkweise, wie von dem Gesundheitszustand der Urtheilskraft dieses großmäuligen Organs für „Bildung und Besitz". „Der Beamte", sagt es unter Anderem, „untersteht in seinem ganzen Thun und Treiben einer strengen Aufsicht, während der Arbeiter in jeder Beziehung viel freier ist." Die armen Beamten! Die beneidenswerthen Arbeiter! Wie man nur von Lohnsklaverei der Proletarier reden mag! Was will die eiserne Ruthe der Fabrikordnungen 2c. bedeuten gegen das Sklavenjoch, in dem die bedauernswerthen Beamten seufzen! Jetzt wird's uns erst klar, warum die Beamten so scharf gegen die Arbeiter vorgehen und so animos gegen sie sind. Es ist purer Neid, gelber Neid auf die goldene Freiheit, deren sich die Arbeiter erfreuen, während sie selber, die armen Beamten, in harten Fesseln schmachten müssen. Daß die Sozialdemokratie sich das bisher hat entgehen lassen und diese kettenschleppenden Ordnungssäulen nicht ebenfalls zum Freiheitskampfe aufgerufen hat! — Doch hören wir weiter: „Ein Wechsel des Berufs ist den Beamten meistens gar nicht möglich, wogegen der Arbeiter, wenn er zeitweilig oder dauernd in einem anderen Geschäftszweige mehr verdienen kann, alsbald ohne Nachtheil für sein späteres Fortkommen zu diesem übergehen kann, auch die Anwartschaft auf Kranken-, Unfall- und Invalidität-Unterstützung dadurch nicht einbüßt. Ein Bergmann kann durch besonderen Fleiß, Tüchtigkeit und Glück Gewerk-, Fabrikbesitzer, selbst Kommerzienrath werden." — Habt Ihr es gehört, Ihr Arbeiter? Jeder von Euch „trägt den Marschallsstab im Tornister" und wenn Ihr keine Kommerzienräthe werdet, so ist nur in letzter Linie das Glück daran schuld; die Hauptschuld trägt Ihr selbst. Ihr habt's eben an Fleiß und Tüchtigkeit fehlen lassen!

Genug des gigantischen Blödsinns. Warum die Beamten so gestellt sind, wie die Arbeiter ebenfalls gestellt sein sollten, hat seinen Grund darin, daß sich die Beamtenkaste, abgesehen von den Subalternen, aus der herrschenden Klasse rekrutirt und rekrutiren muß, weil nur die besitzende Klasse über die nöthigen Mittel verfügt, die Kosten des Studiums aufzubringen. Und eben die großen Annehmlichkeiten und Vortheile des Beamtenberufes sind es, die die herrschende Klasse veranlassen, ihre Söhne für die Beamtenlaufbahn zu bestimmen. Staat und Klasse kommen sich auf halbem Wege entgegen, denn sie sind auf einander angewiesen. Die Besitzenden wollen für ihre Söhne eine gute Versorgung als Beamte und der Staat will sein Beamtenmaterial der herrschenden Klasse entnehmen, weil die Wahrnehmung der Interessen des Besitzes und die Niederhaltung des Proletariats zu seinen Hauptaufgaben gehört. Die niederen Bediensteten dagegen werden vom Staat bekanntlich ziemlich ebenso schlecht bezahlt und behandelt, wie die Arbeiter in Privatbetrieben.

Wir gönnen den Beamten von Herzen ihre guten Gehälter und ihre reichliche Muße, aber wir behaupten, daß alle Arbeiter die gleichen Ansprüche haben und daß bei gerechter Vertheilung des gesellschaftlichen Arbeitsprodukts diese Ansprüche wohl erfüllt werden können.

Soziales und Lokal-Leben.

Genosse Routmann vom „Volksblatt für Teltow", welcher im Jahre 1895 wegen eines Artikels über die Sedanfeier und die Einweihung der Kaiser Wilhelm Kirche von der Brausewetter-Kammer zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt wurde, ist nach Verbüßung seiner Strafe aus Plötzensee entlassen worden. — Hoffentlich hat Genosse Routmann an seiner Gesundheit keinen dauernden Schaden erlitten.

„Bet' und arbeit', ruft die Welt, bete kurz, denn Zeit ist Geld." Ueber fast unglaubliche Behandlung weiblicher Angestellten im Telephonamte zu Hannover berichtet die bürgerliche „Hann. Post": „Vor einigen Tagen bemerkte ein Beamter des Fernsprechsaales aus dem über das Austreten der Gehilfinnen geführten Buche (!!), daß eine der Gehilfinnen 8 Minuten ausgetreten war. Der betreffende Herr stellte das Fräulein in nichts weniger denn höflicher Weise über das lange Ausbleiben zur Rede und drohte damit, das Austreten durch verlängerten Dienst zu bestrafen. Ueberhaupt hätten die Damen ihrem Körper Zwang anzuthun und denselben so zu gewöhnen, um ihre leiblichen Bedürfnisse im Hause verrichten zu können, im Dienste seien diese auf das äußerste zu beschränken. Diese Taktlosigkeit wurde noch durch heftiges Stampfen mit dem Fuße unterstützt. Am folgenden Tage wiederholte sich dasselbe Spiel: der Aufsichtsdame Fräulein S. wurden heftige Vorwürfe über das zweimalige Austreten von 2 und 6 Minuten (während einer Dienstzeit von 8 Stunden!) der Gehilfin W. gemacht, und hatte dieses einen Ohnmachtsanfall der letzteren zur Folge. Eine so rücksichtslose Behandlung Frauen und Mädchen gegenüber war man bisher von brutalen Fabrikdaschа's und rohen Antreibern, deren es ja fast in jedem größeren Betriebe giebt, nicht aber von gebildet sein wollenden kgl. Beamten gewöhnt. Vielleicht veranlaßt Herr v. Stephan, der doch sonst gern „ulkst", daß der gerügte Zustand im Telegraphendienste zu Hannover aufhört.

Der Kongreß der Bauhilfsarbeiter beschloß in seiner letzten Sitzung am Freitag außer einigen inneren Angelegenheiten die Schaffung eines Streikfonds. Die Höhe der Streikunterstützung bestimmt der Organisationsvorstand. Das Verhältniß zur Generalkommission bleibt aufrecht erhalten. Auch wurde Solidarität bei allen Streiks der Maurer und Zimmerer zugesichert. Der Sitz der Organisation bleibt Hamburg.

Auf dem Döberitzer Uebungsplatz hat ein großer Theil der Holzfäller die Arbeit wegen Lohndifferenzen eingestellt. Die Leute waren von dem Unternehmer gegen Tagelohn angenommen worden; da wurde ihnen am Donnerstag eröffnet, daß sie gegen Akkordlohn arbeiten sollten. Sie ließen sich hierauf auch ein, merkten aber bald, daß sie unter den gegebenen Bedingungen erheblich weniger verdienten, worauf sie sich weigerten, weiter zu

Stefan vom Grillenhof.

Roman von M. Kautsky.

(Nachdruck verboten)

Erster Theil.

Seekirchen war ein kleines, aber wunderliebliches Städtchen. Seine hohe, gesunde Lage in den österreichischen Alpen, der herrliche See, an dessen Nordende es lag, die ausgedehnten Nadelwaldungen, die es umgaben: alles berechtigte es zu dem Anspruch, ein klimatischer Kurort zu werden, gleich anderen österreichischen Gebirgsstädten, deren wachsende Bedeutung und noch mehr deren wachsender Reichthum für die unternehmungslustigeren Bewohner unseres Städtchens ein Gegenstand des Neides zu werden begann. Auch sie hielten sich für geschickt und pfiffig genug, um das, was ihnen die Natur so freigebig gespendet, in materiellen Gewinn umzusetzen. Auch sie wollten die kräftige Luft, das Wasser ihres Sees, den Harzduft ihrer Wälder in eine Quelle des Reichthums verwandeln und, die physische Herabgekommenheit der reichen Großstädter möglichst ausbeutend, sich selbst dadurch in die Höhe bringen.

Aber freilich, das waren fromme Wünsche. Seekirchen war und blieb ein reizender, aber vergessener Winkel auf Gottes Erdboden.

Etwelche kühne Touristen hatten sich wohl zu verschiedenen Malen hierher verirrt und dann über diese köstliche Entdeckung Wunder berichtet und zum Besuche aufgefordert. Sie hatten von der Ruhe und Stille des Städtchens erzählt, sie hatten von dem unvergleichlichen Zauber des grünen Sees geschwärmt, von den dunklen, weiten Wäldern und den schneebedeckten Bergen, die dieses Thal abschließen vor dem Gebrause und Getriebe der Welt. Hier wäre noch wahre, heilige Waldeinsamkeit zu finden, sagten sie, hier könne man sich ungestört versenken in die Schönheiten der Natur. Aber eben dies Versenken, diese Stille und Waldeinsamkeit sind nicht jedermanns Sache, und die Schwärmer waren selbst nicht wiedergekommen.

Nur einer, der Oberbaurath von Schwerdtner, war abenteuerlich genug gewesen, daselbst für sich und seine Familie zu bleibendem Sommeraufenthalt eine Villa zu erbauen; ein kleines, wunderhübsches Häuschen mit einer Terrasse, die gerade auf den See hinausging. Ihn schreckte nicht die große Entfernung von der Residenz, noch die schlechte Postverbindung und mühevolle Reise, und der Frühling des Jahres 1842 war kaum angebrochen, als er mit seinen zwei Töchtern hier seinen Einzug hielt. Bertha, die jüngere, damals ein lebhaftes, allerliebstes dreizehnjähriges Mädchen, des Vaters Liebling, war von dem Aufenthalt in Seekirchen fast ebenso entzückt, als dieser selbst. Hier lebte sie in völliger Freiheit; ihre Gouvernante war ihr nicht immer auf den Fersen, und welch' eine Fülle von ihr ganz neuen Freuden boten die Gondelfahrten auf dem See, und das Schwimmen und die hübschen Spaziergänge und noch lustigeren Spazierfahrten, die sie mit ihrem Papa jetzt täglich unternehmen durfte. Die ältere Johanna hatte nicht das aufgeweckte, sanguinische Temperament ihrer Schwester; sie war, obwohl sie erst zwanzig Jahre zählte, äußerst indolent, ja man konnte sie träge nennen. Seit einem Jahre mit dem Major Baron von Wachtler verheirathet, befand sie sich überdies in einem Zustande, in welchem die meisten Frauen von Distinktion einer übermäßigen Bequemlichkeit huldigen und ein völliges Nichtsthun für zuträglich und passend halten. Ihr Mann war in einem abscheulichen Neste in Krain in Garnison, sie hatte ihm dahin, eben aus Rücksichten für ihre Bequemlichkeit, nicht folgen wollen, jetzt sehnte sie sich nach ihm, soviel sie sich eben sehnen konnte.

Er hatte ihr versprochen, Urlaub zu nehmen und sie in Seekirchen zu besuchen; sein Kommen sollte mit einem andern freudigen Ereignisse zusammentreffen. So geschah es auch. Der Major war kaum zwei Tage in Seekirchen, als seine Frau ihn mit einem gesunden Knaben beschenkte. Alles war überglücklich. Großvater Schwerdtner wurde zu Gevatter gebeten und er gab seinem ersten Enkel den romantischen Namen Ewald. Das Wort, fand er, stimmte so hübsch zu dem waldumdufteten Orte seiner Geburt.

Der alte Herr pflegte überhaupt alles zu demselben in Beziehung zu bringen, und er begann jetzt, die guten, kräftigenden Wirkungen seines neuen Aufenthaltes besonders hervorzuheben und anzupreisen.

Auch seinem Schwiegersohn gefiehl es hier. Obwohl er als ächter Militär durchaus keinen Sinn für Naturschönheiten besaß, so interessirte ihn doch die Jagd und die Fischerei; und dann setzte er auch eine gewisse Bravour darein, hie und da die nahe an 6000 Fuß hohe Alpe zu besteigen und dort in einer der Sennhütten zu übernachten. Kurz, alle waren von Seekirchen und Umgegend gar sehr befriedigt, und es tauchte sogar das Projekt auf, die dortige Herrschaft Hohenwang mit ihren bedeutenden Liegenschaften an Wald und Feld und dem hübschem neuen Schlosse, anzukaufen. Der jetzige Besitzer, ein Graf Reinhold, stand finanziell nicht zum besten und wäre sie gerne um jeden Preis los geworden. Als jedoch zwischen dem Baurath und dem Major die Frage aufgeworfen wurde, welche von beiden Familien hier ihren ständigen Aufenthalt nehmen sollte, erklärte sich keiner dazu bereit. Der Major wollte den Dienst nicht verlassen, ehe er nicht General geworden war, wozu er, obwohl man sich im tiefsten Frieden befand, die größte Aussicht hatte, denn er genoß einer hohen Protektion. Der Oberbaurath hingegen war seiner Individualität nach viel zu sehr an das Leben in einer Großstadt gewöhnt, als daß er es hätte gänzlich und für immer

arbeiten. Bei der Freitag erfolgten Ablöhnung der Leute, die von weit her gekommen waren und auf eine längere Arbeitsdauer gerechnet hatten, kam es zu erregten Szenen.

Das Oberbergamt in Dortmund hat die einzelnen ihm unterstehenden Revierbeamten angewiesen, von den Zechen ihres Reviers eine Lohnnachweisung für den Monat Januar d. J. einzufordern. Es soll konstatirt werden, ob die Löhne der Bergleute gegenüber den Löhnen des letzten Quartals 1896 eine Steigerung erfahren haben. Die auf dem Blechwalzwerk Grillo Funke u. Co. in Schalke beschäftigten weiblichen Arbeiter legten die Arbeit nieder. Sie fordern Lohnerhöhung.

Feilenhauer, aufgepaßt! Aus Christiania geht uns folgende Mahnung an die Feilenhauer zu: Laßt Euch nicht verleiten, nach der Feilenfabrik von A. Heilemann in Christiania zu kommen. Am 27. Februar wird dort die Arbeit niedergelegt, da über eine unbedeutende Erhöhung des Tarifs (der herunterdrückt worden) keine Verständigung zu erreichen war.

Die Arbeiter auf den Schiffswerften der britischen Nordostküste nahmen das Anerbieten der Arbeitgeber, eine halbe Krone Zulage für die Woche, an. Hierdurch ist einem großen Ausstande vorgebeugt worden. So berichtet ein mit Vorsicht aufzunehmendes Reuter-Telegramm.

Die Buchdrucker in Leeds, Leicester, Nottingham und anderen Orten Englands haben auf gütlichem Wege eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 52 Stunden wöchentlich erreicht. Gefordert waren 48 Stunden.

Aus Nah und Fern.

Ordnungsrufe. Das vom Reichstagsbureau herausgegebene Generalregistir zu den stenographischen Berichten über die Verhandlungen des Reichstages von 1867 bis 1896 verzeichnet auch die Ordnungsrufe besonders. Die meisten Ordnungsrufe haben die Sozialdemokraten erhalten, mehr als jeder andere, nämlich 25 Liebknecht; dann folgen mit 20 Bebel, mit je 13 Frohme und Singer. An sie schließen sich mit 11 Ordnungsrufen Eugen Richter an. Im Ganzen sind seit 1867 im Reichstage 78 Abgeordnete zur Ordnung gerufen worden.

Die Heiligkeit der Ehe wollen die Sozialdemokraten bekanntlich zerstören und an ihre Stelle die verruchte Institution der freien Liebe setzen. Wer von den abscheulichen Absichten der Umsturzler Stöcker noch keine Kenntniß hatte, konnte sich dieser Tage noch aus der Rede, die König Stumm am 15. Februar im Reichstage hielt, alle zur gerechten Entrüstung nöthige Aufklärung verschaffen. Wie sehr der nichtswürdige Hohn der Rede nicht allein ethische, sondern auch materielle Interessen verletzt, wie sehr die Durchführung der sozialdemokratischen Grundsätze geradezu die Existenz einer Anzahl der besten, stammhaftesten Familien untergräbt, das möge ein Brief lehren, der dem „Vorwärts" von angeblich angeklagten kommt, und den wir unseren Parteigenossen zur Einsicht, der Schutzgenossenschaft für die Erhaltung der modernen Ehe mit Herrn v. Stumm an der Spitze aber zur besonderen Erbauung veröffentlichen wollen.

Das liebliche Schreiben lautet:

Breslau, den 29. Januar 97.

Sadowastr. 78 III.

Sehr geehrter Herr!

In höflicher Beantwortung Ihres geehrten Schreibens von heute theile ich Ihnen zunächst mit, daß die junge Jüdin mit den fünf Millionen Mark Mitgift vorgestern ist. Die beiden Sachen nehmen wir eben heut, wenn es zu lange vorhält wird. Ich suche für eine Jüdin mit 600 000 M. Mitgift und später noch großes Vermögen einen reichen jüdischen Rittergutsbesitzer (Böhm ausgeschlossen), doch da ich noch eine Dame dabei als Partnerin habe, müßte uns der Herr schon 2 pCt. geben. Die Dame will nichts geben. Dann für mehrere jüdische feine Mädchen mit 100 000 und 150 000 M. Mitgift, später noch viel, Assessoren, Amtsrichter oder Rechtsanwälte, aber alle müssen nachweislich Praxis haben! Nun aber die christlichen großen Sachen, die uns schnell viel Geld einbringen könnten, wenn reisebereite, gute Kavaliere vorhanden sind. Eine Adresse, die mir Frau Räthin Troich gab, habe ich nun gestern benutzt und direkt an Graf Sch. Magdeburg geschrieben. Ich glaube, Sie sind dabei betheiligt. Wer weiß, ob mir aber der Graf antworten wird, da er mich gar nicht kennt. In Frankfurt a. M. habe zwei adlige schöne Damen für ihn, wo jede viele Millionen Mitgift hat und nach dem Tode der Eltern ein fürchterliches Geld. Er wird direkt eingeführt, muß aber sofort reisen können! Dann suche ich für eine junge Dame mit einer Million Mitgift einen Grafen, evangelisch, der aber sehr groß sein muß. Und für eine junge Dame in Hamburg mit auch vorläufig einer Million Mitgift einen zweiten Grafen, der aber auch sofort reisen müßte. Bei Hamburg bleiben für uns 2½ pCt. übrig, bei den Frankfurter Sachen aber nur 2 pCt. Aber reelle, sichere Sachen sind es, wobei viel verdient werden kann!

Wenn Sie, gnädige Frau, also Kavaliere haben, welche bald reisen können, so bitte ich um die Bilder und nähere Angaben. Je eher, je besser!! Frau Räthin T. müssen wir aber überall mitverdienen lassen, da sie es war, der ich Ihre werthe Adresse verdanke.

Mit Hochachtung
ergebenst
Eug. Claisé.

Es liegt klar auf der Hand, daß der Herr, der so mit den Millionen der jüdischen und christlichen Heirathskandidatinnen herumwirft, im Renommiren Großartiges leisten. Bezeichnend nicht allein für die Gesinnung, sondern auch für den Intellekt der „Kavaliere" ist es, daß sie, selbstverständlich in Anlehnung an ihre Vorkämpferschaft für Ordnung, Religion und Sitte, heißhungrig mit derartigen Industrieritern in „Geschäftsbeziehung" treten. Der Ritter paßt zum Industrieritter.

Einen blutigeren Hohn auf die „Duellehre" der „Satisfaktionsfähigen", als er sich in dem Ausgang eines Prozesses darstellt, der am Freitag vor der Strafkammer in Guben verhandelt wurde, kann es gar nicht geben. Von der Gubener Strafkammer ist der Inhaber der Militär-Effekten-Fabrik E. Scholz Nachfolger in Schöneberg bei Berlin, Emil de la Croix, vorbestraft mit zwei Jahren Festung wegen Duells mit tödtlichem Ausgange, wegen Bestechung zu drei Monaten Gefängniß und einem Jahre Ehrverlust verurtheilt worden. Der Angeklagte hatte für das Ulanenregiment in Züllichau Tschapkas zu liefern, da dieselben aber auf dem Transport beschädigt wurden, konnte die Lieferung nicht rechtzeitig erfolgen. Der Angeklagte sandte dann dem Regiments-Quartiermeister Blaskowsky, der nach seiner Meinung ihm helfen konnte, in einem Briefe einen Fünfmarkschein. — Einen Fünfmarkschein! Wie schofel! Unsere Leser werden sich noch erinnern, daß derselbe Herr de la Croix wegen einer unsauberen Liebesgeschichte seinen Freund im Duell über den Haufen geschossen hatte. Er war eine Zeit lang der ideale Held aller Müßiggänger und nun das klägliche Ende! Indessen bildet der Bestechungsversuch keinen Gegensatz zu der früheren Schießerei; Eines ergänzt das Andere.

Noch schlimmer! Ihrem Bericht über die Gerichtsverhandlung gegen den Gutspächter Poll aus Jaruszyn fügt die „Pol. Ztg." berichtigend hinzu, daß der gemißhandelte Zdralski nicht 44, sondern 74 Jahre alt ist. Dadurch wird die That des Poll noch abscheulicher.

Ein heiterer Zwischenfall trug sich in einem Lokale der Stadt Gera zu. Ein Fuhrmann hatte einen Automaten, einen Italiener mit Leierkasten darstellend, gegen Abend einstweilen in das Waschhaus eingestellt. Der etwas herabgekommen aussehende Italiener wurde von der Jugend entdeckt, die, als er sich nicht rührte, mit Steinen, Besen ꝛc. das Waschhaus bewarf. Als eine Frau hinzukam, die nicht in das Waschhaus hineinzugehen wagte, wurde der Straßenvorarbeiter B. herbeigerufen, der dem stummen Italiener von außen her den Standpunkt wegen seines ungehörigen Aufenthaltes klar machte. Da sich der Eindringling aber gar nicht regte, eilte der erboste B. auf die Polizei, die schließlich, nachdem der Vorsichtsmaßregeln gegen das Entweichen des frechen Italieners getroffen waren, das Räthsel löste.

Erfurt. Auf dem hiesigen Güterbahnhof wurde ein Arbeiter beim Zusammenstoß zweier Maschinen in Stücke gerissen.

Abermals ein prügelnder Schutzmann verurtheilt. Aus Aachen wird der „Frankf. Zeitung" berichtet: Die hiesige Strafkammer verurtheilte den Schutzmann Oskar Finster, früher hier, jetzt in Braunschweig, wegen Beleidigung sowie wegen auf der Polizeiwache verübter Mißhandlung des Füsiliers Classen vom hiesigen 40. Infanterie-Regiment zu 40 Mk. Geldstrafe eventuell acht Tagen Gefängniß. Die bisherige Unbescholtenheit allein bewahrte Finster vor einer Freiheitsstrafe. Er hatte den Classen beschimpft, weil dieser ihm Aufklärung geben wollte über einen Wortwechsel mehrerer Zivilisten. Als Classen darauf verlangte, zur Wache geführt zu werden, um dort die Sache aufzuklären, wurde er von Finster auf der Wache gestoßen und ins Genick geschlagen.

Nürnberg. Der demokratische „Nürnberger Anzeiger" wurde wegen eines Artikels über die Begnadigung eines Mühlenbesitzers beschlagnahmt.

Kopenhagen. Schreckensscene im Cirkus. Zur Zeit giebt der Cirkus Schumann hier Vorstellungen. Als Schluß- und Bravour-Nummer führte der auch dem Lübecker Publikum nicht unbekannte, berühmte Löwenbändiger Jules Seeth seine prächtigen Löwen in einer von allen Seiten umgitterten Arena vor. Am Schlusse seiner Produktion trug er auch an dem Unglücksabend seinen größten Löwen „Sultan" auf dem Rücken aus der Arena. Dicht am Ausgange derselben stolperte er jedoch und fiel mit dem gewaltigen Thiere zu Boden. Im nächsten Augenblick hatte ihm der Löwe das Genick durchgebissen, so daß der Tod sofort eintrat. Unter den Besuchern des Cirkus entstand eine furchtbare Panik, und namentlich auf den der Arena nächsten Sitzreihen wurden zahlreiche Personen ohnmächtig. Mehrere Bedienstete drangen unverzüglich in die Arena ein, um die Bestie mit Eisenstangen von ihrem Opfer fortzutreiben, bis endlich ein beherzter Mann den Löwen durch einen wohlgezielten Flintenschuß tödtete.

Brüssel. Selbstmord oder Verbrechen? Der Küster der Synagoge zu Arlon, Goldschmidt, wurde nebst seinen fünf Kindern erstickt aufgefunden. Der Vater und drei Kinder sind bereits todt, die übrigen zwei befinden sich in hoffnungslosem Zustande.

Heinrich XX. Fürst Heinrich XX. von Weiz-Leiz-Klingenstein führte vor Kurzem eine Kunstreiterin als Eh-Gemahl heim. Als sie nach der Hochzeit sich in ihr Gemach zurückzogen, fiel der Herrscher seiner Gemahlin um den Hals und schluchzte: „O Clotilde, meine Einzigste!" Die neugebackene Fürstin aber konnte, von Rührung und Liebe überwältigt, nichts weiter hervorbringen als die Worte: „O Heinrich, mein Zwanzigster!"

Am Gipfel des Rigi. „Sie, Kellner, jetzt bin ich schon das drittemal hier am Gipfel, um den Sonnenaufgang zu sehen und immer Wolken, Wolken, nichts als Wolken."

„Aber, mein Herr . . ."

„Ach was, geben Sie mir das Beschwerdebuch!"

---

müssen können. Uebrigens zog er es vor, das Landleben als Gutsherr zu genießen und nicht von dem ganz veränderten Gesichtspunkt eines Gutsherrn und Oekonomen. Das Projekt zerfiel somit von selbst, und es war gut so, denn die jungen Damen, die man damals nicht befragte, hätten gar bald ihr Veto eingelegt. Frau Johanna zuerst. Als sie den nächsten Sommer einen zweiten Jungen aufzuwarten hatte, den, da Großpapa keinen weiteren Namen mit Wolf im Kalender fand, ganz simpel und einfach Hans getauft wurde, fand sie die Luft und das Wasser hier allzu kräftig, und nachdem ihr Gatte in eine größere Gemeinde versetzt worden, zog sie keine Lust mehr, den Sommer in der Villa ihres Vaters zuzubringen. Sie hatte Angst vor allzu reichlichem Kindersegen, der ihren Bequemlichkeiten und ihrem Ruhebedürfniß gefährlich zu werden drohte.

Bertha begleitete noch einige Sommer mit Vergnügen ihren Vater nach Seelichen und verlebte im Winter mit Wärme die Vorzüge ihres Landaufenthalts all den großstädtischen Zerstreuungen gegenüber; als sie aber siebzehn Jahre alt geworden war, fand sie, daß diejenigen, die eine solche Abgeschiedenheit, ein solches Aufgehen aller Geistigkeit höchst langweilig und für die Dauer unerträglich nennen, sehr recht haben. Sie hatte jetzt Bälle und Konzerte und andere schöne Dinge kennen gelernt, von denen sich ihre Schulweisheit bisher nichts träumen ließ, sie hatte die Huldigungen der Männerwelt genossen und sie fand dies sehr nach ihrem Geschmack. Das lebensfrohe, vergnügungssüchtige Mädchen wollte den Gedanken, den nächsten Sommer abermals nach Seelichen zu gehen, gar nicht mehr in Betracht ziehen, und sie beschwor ihren Papa, wenn er nun doch einmal Alpenluft und Alpenrosen haben wolle, mit ihr einen jener eleganten Kurorte zu besuchen, wo man nicht Schwimmen und sie seien Athemholen auch noch anderer Vergnügungen theilhaftig werden könne. Aber in diesem Falle war Papa unerbittlich. Er wollte den liebgewordenen Aufenthalt mit keinem andern vertauschen, seinen smaragdnen See nicht lassen, bis er, durch allzu häufiges Baden in eben diesem See, sich einen Gelenkrheumatismus zuzog, der leider durch unrichtige Behandlung des dortigen Arztes sich derart verschlimmerte, daß er nach der Residenz gebracht werden mußte, wo er sein Krankenzimmer nimmer verließ, da eine bleibende Lähmung eintrat.

Bertha war darüber trostlos. Sie liebte ihren Vater wirklich, aber sie hatte bisher an seiner Seite nur Tage der Freude verlebt, und nun, wo sie, in voller Blüthe stehend, heftiger als je nach Genuß und heiterer Zerstreuung verlangte, sah sie sich zu völliger Einsamkeit verurtheilt und genöthigt, einen großen Theil des Tages im Krankenzimmer zu verbringen. Ihr Vater nahm nur selten Besuche entgegen, und sie selbst empfing nur solche von Damen. Bälle, Konzerte, Soireen, alles was junge, empfängliche Sinne reizt und entzückt, war ihr versagt. Aber ein sanguinischer Charakter verzweifelt nicht, er sucht auf die eine oder die andere Weise Entschädigung für sein unfreiwilliges Entbehren, und weiß sie gewöhnlich bald genug zu finden. Da Bertha nicht in den Ballsaal kam, ging sie in die Kirche. An der Augustinerkirche in Wien waren damals die nachmittägigen, in französischer Sprache gehaltenen Predigten eines jungen Jesuitenpaters ungeheuer besucht. Die Zuhörerschaft bestand fast nur aus Damen, aber aus der Crême der Gesellschaft, und der Andrang wurde bald so stark, daß, wie im Theater, Karten ausgegeben wurden. Bertha war eine der Jüngsten unter den Frommen, sie fehlte bei keiner Predigt und man konnte sie stets in den Streihen der Kanzel gegenüber bemerken, wo ihre schönen Augen unverwandt an den feinen, geistvollen Zügen des Paters hingen, der, ein Provençale, durch seinen beredten Ausdruck, die Fremdartigkeit und Weichheit seiner Sprache und die wahrhaft südliche Gluth seiner Darstellungsweise nicht nur Bertha, sondern das gesammte Auditorium hinzureißen und zu elektrisiren wußte.

Aber Bertha genoß bald einer gewissen Bevorzugung. Seine Augen suchten die ihrigen und es kam ihr vor, als richtete er die schönsten, rührendsten Stellen seiner Rede direkt an sie. Sie war glücklich und gläubig. Eines Tages kam sie, um seinen geistlichen Rath und Beistand zu erbitten. Sie beichtete ihm; und nach einiger Zeit fand es sich, daß auch Papa Schwertner in seinem traurigen Zustand nach den Tröstungen der Religion sich sehnte. Der junge Jesuitenpater besuchte ihn einigemale, aber der Oberbaurath mußte bald herausgefunden haben, daß dies feurige, südliche Temperament noch allzusehr im Weltlichen stecke, denn er verzichtete auf weitere Tröstungen und verbot Maxime Rival sogar noch das Haus.

(Fortsetzung folgt.)

Litterarisches.

Von der „Gleichheit" Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 4 des 7. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor:

Der Achtstundentag im Reichstag. — Karneval. Von Lily Braun-Gizycki, Berlin — Aus der Bewegung. — Eine amerikanische Fabrikinspektorin über die Kinderarbeit. — Der Sieg der Bewegung für das Frauenwahlrecht im englischen Parlament. Von Lily Braun-Gizycki. — Feuilleton: Ein Traum. Eine Weihnachts-Legende von W. Koroleuko. (Fortsetzung.) — Kleine Nachrichten.

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfg., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1897 unter Nummer 2902) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: August Raisch. Verlag: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämmtlich in Lübeck.